Einen anderen 改道 Weg gehen...

Sonderausgabe Nº 10

GĂIDÀO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION

Pandemischer Ausnahmezustand

FdA

FDA - IFA

IN DIESER AUSGABE

Wut und Solidarität ohne Grenzen

Zwischen schützendem Staat und falscher Empörung

~~Pandemie~~ – eine utopische Geschichte aus der Zukunft

★

Editorial

Zur Sonderausgabe „Pandemischer Ausnahmezustand“

Corona, Seuche, Ausnahmezustände – wir können es kaum mehr hören und das ist verständlich. Immerhin wurde und wird nach wie vor über die Pandemie und ihre verschiedenen Auswirkungen geschrieben. Diese, wie etwa die Zunahme von Arbeitslosigkeit, drastische Grundrechtseingriffe und erfahrene Angstzustände, sind ja mittlerweile auch nicht einfach vorbei, sondern halten an und wirken weiter. Obwohl wir wissen, das der Normalbetrieb der Herrschaftsordnung die eigentliche Krise ist, scheint es aus psychischer Sicht dennoch erforderlich, dass wir uns wieder anderen Themen widmen.

Und nicht nur aus dieser: Auch die im letzten Jahr starken sozialen, ökologischen, feministischen Kämpfe werden hoffentlich nach der zwangsverordneten Ruhepause wieder an Fahrt aufnehmen. Das Virus ist echt, die Verschwörungstheoretiker liegen falsch und daher grenzen wir uns entschieden von ihnen ab. Dennoch steckt eine links-emanzipatorische oder gar dezidiert anarchistische Antwort auf die Pandemie – über solidarische Bezugnahmen, einige Initiativen und kleinere Aktionen hinaus – noch in den Kinderschuhen. Kritik an den autoritären Maßnahmen der Regierung gab es von unserer Seite durchaus, nahm jedoch vor allem die üblichen Übel aufs Korn.

Als Anarchist*innen sind wir überzeugt, dass es möglich ist, auch eine derartig umfassende, globale und unsichtbare Bedrohung wie die Pandemie und ihre komplexen gesellschaftlichen Folgen zu bewältigen, ohne dafür an den Staat als Oberarzt zu appellieren oder sich seinen Verordnung unkritisch zu unterwerfen. Dafür braucht es globale Kooperation, solidarische Verhaltensweisen und immer wieder Kritik an den Verwertungsinteressen des Kapitals, welcher die Gesundheit von Menschen prinzipiell egal sind.

Dahingehend spiegelt die vorliegende Sonderausgabe einen Verarbeitungsprozess dar, um mit den rasenden Entwicklungen in diesem verdichteten Zeitraum, zum Teil mit unseren Ängsten vor dem Ausbau des Autoritarismus, wie auch unserer Sorge um diejenigen, welche besonders unter Krankheiten und den Folgen der Verordnungen leiden bzw. leiden werden, Antworten zu finden. Aus Extremsituationen kann es uns ebenfalls gelingen, wichtige Einsichten zu gewinnen – jedoch nur, wenn wir über diese ausgiebig reflektieren.

In diesem Zusammenhang haben wir wahrgenommen, dass es in unserem eigenen Umfeld und der anarchistischen Szene unterschiedliche Einschätzungen darüber gibt, worin die Krise besteht und was wie bewirkt. Daraus entstanden auch verschiedene Ansichten darüber, was wir als angemessenes Handeln und Verhalten im Zuge der Pandemie und ihrer staatlichen Regulierung, ansehen. Deswegen stellt die vorliegende Sonderausgabe einen Querschnitt von Artikeln dar, mit denen auf unseren Call for Papers geantwortet wird. Der Meinungsbildungsprozess muss weitergehen, aber immerhin haben wir schon einmal zum Austausch darüber angeregt und wollen damit weiter kommen.

In gewohnt selbstironischem Optimismus rufen wir dazu auf: Lasst uns die zweite Welle ohne den Staat überstehen!

Impressum:

Herausgeber*innen:	[改道] Gai Dào - Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.:	Gai Dao c/o Alarm e.V. Postfach 10 01 61 77621 Offenburg
Druck und Verlag:	Eigenverlag
Erscheinungsweise:	zweimonatlich
Kontakt:	redaktion-gaidao@riseup.net

ÜBER UNS

[改道] Gai Dào ist die monatliche Zeitschrift der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA).

Sie versteht sich trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offensteht, die kein Mitglied der FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien der FdA unterstützen, gerne auch solidarisch-kritisch.

Alle Ausgaben unter:
www.fda-ifa.org/gaidao

Inhalt

FdA/IFA

04 *Im Angesicht einer globalen Gesundheitskrise: Staat und Kapitalismus funktionieren nicht*

Weltweit

06 *Wir sollten auf das Coronavirus mit Solidarität und nicht mit Militär und Gewalt antworten!*

09 *Wut und Solidarität ohne Grenzen*

Bewegung

11 *Solidarität und Freiheit, Jetzt!*

14 *Eigentum macht krank: Häuser fischen in viralen Zeiten*

17 *Zwischen schützendem Staat und falscher Empörung – anarchistische Gedanken aus Wuppertal*

20 *Im Auge des Sturms*

22 *Wie kann die Klimagerechtigkeits-Bewegung jetzt agieren?*

Kultur & Alltag

24 *Rezension: Corona und die Demokratie*

26 *gemeinschaft in zeiten von corona*

27 *~~Pandemie~~ – eine utopische Geschichte aus der Zukunft*

Analyse & Diskussion

30 *Die soziale Distanz zum Staat – für einen emanzipatorsichen Umgang mit der Pandemie*

34 *Der Anarchismus ist ein Humanismus – Warum es jetzt auf eine Entscheidung ankommt*

37 *Die Realisierung der Gefängnisgesellschaft*

39 *„Wenn wir nicht mehr arbeiten, werden wir auch nicht mehr bezahlen“*

Termine

43 *FdA hautnah*
Regelmäßige Termine der FdA-Mitglieder

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe- Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.

Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete „*innen“ (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.

Im Angesicht einer globalen Gesundheitskrise: Staat und Kapitalismus funktionieren nicht, Solidarität hingegen schon

★ *Von: CRIFA*
Dieser Text erschien Ende Mai 2020

Die CRIFA (franz. *Commission de relations de l'Internationale des fédérations anarchistes*, Kommission der Beziehungen der Internationale) ist während der aktuellen Pandemie unvermindert aktiv. Die Delegierten unserer Föderationen aus allen Territorien trafen sich online, um das Engagement des sozialen und organisierten Anarchismus in dieser weltweiten Krise zu unterstreichen.

Die Plünderung und Zerstörung der Natur, die Ausbeutung und Verelendung ganzer Gesellschaften, die kriegerischen Auseinandersetzungen, der Tod von Millionen Menschen durch Hunger und Mangelernährung, die Ausgrenzung und das Einsperren von Menschen in Lagern und Gefängnissen zeigen die kriminelle Natur des staatlichen und kapitalistischen Systems. Die Brutalität dieses autoritären Modells gesellschaftlicher Organisierung wird – durch die Pandemie – noch offensichtlicher.

IAF ИФА IFA

Während unsere Aktivist*innen versuchen, ihre soziale und politische Arbeit auf verschiedene Arten am Leben zu erhalten – im Angesicht allgemeiner Einschränkungsregeln hauptsächlich dank der technischen Möglichkeiten –, teilen wir die folgenden allgemeinen Bedenken.

- Obgleich wir die Notwendigkeit zur sozialen Verantwortung dafür anerkennen, dass die Menschen alle erforderlichen Gesundheitsvorkehrungen treffen, um sich selbst und andere zu schützen, prangern wir gleichzeitig den Autoritarismus und Militarismus all jener Regierungen an, die auf Belange des Gesundheitswesens mit militärischer und polizeilicher Repression, der Unterdrückung von bürgerlichen Freiheitsrechten und der Ausweitung von totalitären Formen sozialer Kontrolle reagieren. Das gilt vor allen Dingen für jene Regierungen, die die Situation dazu nutzten, autoritäre Veränderungen einzuführen.
- Wir prangern das Streben von Kapitalist*innen und der herrschenden Klasse nach Profit an, die darauf drängen, die Produktion im Alleingang wieder hochzufahren, ohne Rücksicht auf die Sicherheit der Arbeiter*innen. Und wir unterstützen die Streiks und spontanen Mobilisierungen von Arbeiter*innen, die weltweit stattfinden, um die Profitlogik zurückzuweisen und die direkte Aktion zu fördern.
- Wir prangern die durch den Aufruf, zu Hause zu bleiben, begünstigte Zunahme häuslicher und sexualisierter Gewalt an und stehen wie eh und je gegen Patriarchat, Sexismus sowie Homo- und Transfeindlichkeit ein.
- Wir prangern die nationalistische Rhetorik an, die in den meisten Staaten in den Vordergrund rückt, und sind solidarisch mit Migrant*innen, die aufgrund der unmenschlichen und beschämenden Zustände in den Abschiebelagern oft mehr als andere leiden und riskieren.
- Wir sind solidarisch mit Gefangenen und treten ein gegen alle Gefängnisse, Lager und totalitäre

Einrichtungen, deren mörderische Natur sich in besonderem Maße durch die Pandemie zeigt.

- Wir prangern die Lebensumstände von Menschen in Armut und all der arbeitslosen und prekären Arbeiter*innen an, die in der ganzen Welt die Last sozialer Ungerechtigkeit tragen. In manchen Ländern sind sie der Gefahr des Hungertodes ausgesetzt, während sie von ihrer Regierung und der herrschenden Klasse kaum beachtet werden.
- Wir sind solidarisch mit den Arbeiter*innen im Gesundheitswesen und all den Arbeiter*innen, die Aufgaben innehaben, die für unser aller Leben essentiell sind. Sie arbeiten oft ohne notwendige Schutzausrüstung und Garantien und bezahlen oft mit ihrem Leben für die Ineffizienz und Fehler des Staates und des Verwaltungsapparates.
- Wir sind solidarisch mit all den Menschen und Communities, die den Kriegen und Repressionen des Staates widerstehen – von Chiapas bis nach Rojava – und deren Last durch Covid-19 noch zugenommen hat.
- Wegen all dem fordern wir eine Zunahme der von unten nach oben organisierten Erfahrungen der gegenseitigen Hilfe, der Solidarität und des Teilens, die weltweit stattfinden, um die einzige Praxis vorzuführen, die erfolgreich darin sein kann, die aktuellen globalen Herausforderungen zu bewältigen. Diese Formen der gegenseitigen Hilfe zwischen den Schwächsten der Gesellschaft, den Armen, den Alten, all den gepeinigten, ausgebeuteten und diskriminierten Gruppen und Individuen müssen sich ausweiten. Noch mehr als je zuvor müssen wir solche konkreten Erfahrungen unterstützen. Sie zielen darauf, unseren Alltag radikal zu verändern, und das schließt solidarische Kooperativen, alternative und libertäre Schulen, besetzte Räume, Orte der Solidarität und alternativen Austausches ebenso ein wie alle Initiativen auf der ganzen Welt, die auf gegenseitiger Hilfe und libertärer gesellschaftlicher Transformation basieren.

Während es unmöglich wäre all die konkreten Erfahrungen, die von unseren Genoss*innen und Föderationen in verschiedenen Ländern und Lebenswirklichkeiten unterstützt werden, aufzuzählen, können einige Beispiele von aktuellen Erfahrungen gegenseitiger Hilfe beinhalten: Gruppen gegenseitiger Hilfe gründen, die der eigenen Community / dem eigenen Haus / der eigenen Nachbar*innenschaft dabei helfen, mit dem Virus zurechtzukommen, z. B. durch Verteilung von Lebensmitteln, Schutzausrüstung und Medikamenten. Neue Orte zum Leben und für kulturelle Aktivitäten gründen, einschließlich der Besetzung von Häusern durch wohnungslose Menschen. Verteilung von Büchern, Zeitungen und anderer Hilfestellungen und Erklärungen, die einem helfen, mit der Krise zurechtzukommen. Förderung und praktische Umsetzung von antikapitalistischen Alternativen zum existierenden Wirtschaftssystem, wie z. B. gemeinsame Solidaritätsfonds. Einen Aktivismus fördern, der unterdrückte und gefährdete Bevölkerungsgruppen wie z. B. indigene Gruppen unterstützt. Und vieles mehr, das hier nicht alles aufgezählt werden kann.

Das System aus Staat und Kapital, das Millionen Menschen Hungertod, Seuchen und Krieg ausliefert, kämpft nicht gegen die zunehmende Pandemie, sondern für die Erhaltung der Privilegien und Macht der politischen und wirtschaftlichen Eliten.

Unter der aktuellen Situation genauso leidend wie alle anderen, bekräftigen und führen wir – die Anarchist*innen der IFA – unseren weltweiten Kampf für Gerechtigkeit und Freiheit fort, um Tag für Tag voranzuschreiten und die neue Welt aufzubauen, die wir in unseren Herzen tragen.

Wir sollten auf das Coronavirus mit Solidarität und nicht mit Militär und Gewalt antworten!

★ *Von: Anarchistische Initiative Ljubljana*
Dieser Text erschien am 19.03.2020 auf der Seite der Anarchistischen Initiative Ljubljana

Als 2015 die Menschen, die in vor Krieg, Gewalt und Armut flohen, in großen Zahlen den Befehl "zu Hause" zu bleiben verweigert haben, führte das zum kurzzeitigen Zusammenbruch des Sicherheitssystems in der Festung Europa. Die Manager des Systems der kapitalistischen Misere verstanden das als ein Signal, um die Einführung neuer Überwachungstechnologien für die Bewegungen und das Leben aller, nicht nur derer mit "falschen Papieren", voranzutreiben. Zu dem Zeitpunkt bemühte sich in Slowenien die Regierung der extremen Mitte stark, eine Atmosphäre des Ausnahmezustandes herzustellen, die schnell gefüllt wurde von einer ganzen Reihe von neuen Maßnahmen, die auf die Lösung der sogenannten "Migrationskrise" abzielten. Auch lange nachdem die Regierung selbst die Krise für beendet erklärte, waren diese Maßnahmen noch in Kraft. Eine davon war die Änderung in dem Verteidigungsgesetz (Zakon o obrambi) und die Einführung des neuen Artikels 37a, der festlegt, dass das Parlament, basierend auf einem Vorschlag der Regierung und für den Zweck die Staatsgrenzen zu sichern, dem Militär Befugnisse geben kann, die ansonsten nur für die Polizei reserviert sind: das Ausstellen einer gesetzlichen Warnung für Zivilist*innen, zivilen Personen Befehle geben, zeitlich begrenzte Einschränkung der Bewegungen von zivilen Individuen und die Kontrolle von Menschenmengen.

Zu dem Zeitpunkt tat ein großer Teil der Öffentlichkeit ihr Bestes, um sich dem Plan zu widersetzen, der von der Regierung der extremen Mitte verfasst wurde, aber die autoritäre Dampfwalze war zu stark. Das Gesetz wurde geändert und das Verfassungsgericht, das unter starkem Druck von sowohl den Extremist*innen der Mitte, als auch von rechts stand, verbot das Referendum, das von der Zivilgesellschaft gefordert wurde. Viele begründeten ihre Opposition mit einer Warnung, dass die vorgeschlagene Gesetzesänderung zum ersten Mal in der Geschichte des slowenischen Staates eine Möglichkeit für das Militär erschaffen würde, legal die zivile Bevölkerung zu überwachen und Repression gegen sie einzusetzen, zum Beispiel im Falle einer neuen sozialen Krise und des zwingend darauffolgenden Widerstandes aus der Bevölkerung gegen die Antwort der Regierung darauf. Nur ein paar Jahre später entschied sich die neue extrem rechte Regierung für die Berufung auf den Artikel, der so passend für sie von den extremen Politiker*innen der Mitte vor zwei Regierungsperioden ins Gesetz geschrieben wurde.

Welche Schlüsse können wir daraus und aus anderen Entwicklungen ziehen, um die Welt in Zeiten der Coronavirus Pandemie besser zu verstehen?

1. Die Pandemie ist real. Tatsache ist, dass Menschen sterben und dass manche von uns besonders gefährdet sind. Wir alle haben dementsprechend geeignete Gesundheitsversorgung, soziale Absicherung und Schutz vor Zwangsarbeit unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen verdient. Zu diesem Zeitpunkt führen Tausende von Menschen überaus wichtige Aufgaben aus. Heute wird es endlich allen klar, dass diese Gesellschaft nicht nur ohne Gesundheitsfachkräfte nicht richtig funktionieren kann, sondern auch nicht ohne Kassierer*innen in den Supermärkten, Fahrer*innen, Elektriker*innen, Köch*innen, die Müllabfuhr und viele andere. Aber jenseits der bestimmten sehr wichtigen Arbeitsstellen und Aktivitäten, liegt der Schlüssel, damit alle Bemühungen im Kampf gegen das Virus zu einem bedeutenden Erfolg führen, bei allen von uns, die Formen der gegenseitigen Hilfe aufbauen können, ob sie klein und spontan oder langfristig und organisierter sind. Wenn wir in ein paar Tagen, wenn der erste Schock der Krisenbedingungen hinter uns liegt, imstande sein werden, unsere Bemühungen in Richtung der Entwicklung von Solidaritätspraxen jenseits der Kernfamilie zu leiten, dann werden wir zu einem beliebigen Zeitpunkt in der entfernten Zukunft sagen können, dass wir, unter der gewaltigen und für alle neuen Last der Krise, es geschafft haben, Menschen zu bleiben und füreinander zu sorgen. Teil unseren Leitprinzipien sollte es sein, dass die physische Distanz sich nicht zuerst zu einer sozialen Distanz und dann zur sozialen Isolierung entwickeln darf. Lasst uns den vielsagenden Freudschen Versprecher der Autoritäten nicht implementieren und uns selber organisieren, wo immer möglich, während wir jederzeit verantwortungsvoll uns und anderen gegenüber handeln.

2. Das Militär trägt nichts zu der Bekämpfung der Pandemie bei. Das meiste davon wird von den Arbeiter*innen im Gesundheitssystem getragen, besonders durch ihre Fähigkeit, so schnell wie möglich diejenigen zu identifizieren, die versorgt werden müssen, und diese Versorgung dann vollständig zu gewährleisten. Es ist kein Platz hier für ein Militär, das voll ausgerüstet durch die Straßen marschieren würde, Angst erwecken und Hundespaziergänger*innen und die Jugend belästigen würde. Wir müssen die Idee ablehnen, dass soziale und gesundheitliche Probleme durch Repression gelöst werden können. Das Virus wird von Solidarität und Pflege aufgehalten werden, nicht durch Waffen und Bußgelder!

3. Keine Regierung verdient dein Vertrauen! Die jetzige extrem rechte Regierung plant weit im Voraus. Es ist deutlich, dass nach der ersten Angstwelle Menschen anfangen werden zu reflektieren, welche Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Pandemie ausgeführt wurden, Sinn ergeben und welche nur da waren, um andere zu verdecken, deren Ziel die weitere Verarmung der Menschen war, die Austeilung von finanziellen Prämien an die, die schon reich waren und die Einführung neuer autoritärer Regierungsmechanismen. Im Namen der Prävention führen sie Maßnahmen ein, die nichts mit der Verlangsamung der Verbreitung des Virus zu tun haben und die Räume, in denen Freiheit existieren kann, verkleinern. Obwohl wir das Virus und die Sorge für Mitmenschen ernst nehmen, sollten wir der Regierung keine Atempause bieten, in der diese versuchen kann, die Maßnahmen, unter denen die am meisten Gefährdeten unter uns leiden werden, im Schnellverfahren umzusetzen.

4. Organisiert euch! Trotz der Tatsache, dass der Notstand das Gefühl verstärkt, dass jeder Widerstand gegen die neuen und gruseligen Maßnahmen unmöglich wäre, sollten wir nicht in die Falle der Ohnmacht tappen. Wir sind mit einer neuen Herausforderung konfrontiert, die wir direkt angehen müssen, indem wir uns neue Arten überlegen, darüber nachzudenken, wie wir ei-

nerseits dem Virus keinen Raum zur Verbreitung geben, während wir es andererseits auch dem Staat nicht erlauben, seine arrogante, engstirnige Agenda durchzusetzen – all das, während wir sicher und verantwortungsvoll bleiben. Der Grund, warum uns der Staat überzeugen will, wir seien im Krieg, ist dass er uns dann berechtigterweise im Namen einer höheren nationalen Berufung opfern kann. Deshalb muss jede Maßnahme dahingehend betrachtet werden, wie viel sie zu der sozialen, ökonomischen und gesundheitlichen Sicherheit der am meisten Gefährdeten unter uns beiträgt. Die Pandemie wird sehr viel Leid verursachen, aber irgendwann vorbei sein. Aber die Diktatur wird bleiben. Das kapitalistische Regime macht einmal mehr deutlich, dass es dem Großteil der Gesellschaft nichts zu bieten hat. In jeder Krise auf die es trifft – oft sogar selbst produziert – überlebt es, indem es Menschen wie leicht austauschbare Güter behandelt, die regelmäßig in die Misere geworfen werden. So kann es nicht weiter gehen. Wir können nicht so viel leiden, nur damit alles wieder zum Alten zurückkehrt!

Lasst uns darüber nachdenken, was wir in kleineren Gruppen tun können, wie wir uns gegenseitig außerhalb der staatlichen Strukturen helfen können und vor allem, wie wir unsere Nichtübereinstimmung mit dem Notstand ausdrücken können. Lasst uns darüber nachdenken, ob wir diesen Monat die Rechnungen zahlen (viele haben gar nicht das Geld, das zu tun), und eine politische Bewegung daraus aufbauen! Jetzt, wo Ljubljana endlich frei von Touristen ist, ist die Zeit uns zu fragen, warum wir in Löchern leben und trotzdem Mieten zahlen, als würden wir die Luxusvillen der europäischen Hauptstädte bewohnen. Vielleicht, nur vielleicht, können wir von anderen anderswo lernen und uns einen Mietstreik ausmalen, den wir dann organisieren?

Wenn wir verschuldet und oder schon in der Abwärtsspirale der Verzweiflung, Angst, Unsicherheit, Scham über unsere Armut sind, sollten wir diese Gefühle und Situationen voreinander zugeben und dann öffentlich darüber sprechen. So können wir einen Weg in Richtung von Lösungen eröffnen, die die Brüche in dem System von dem nur wenige profitieren, erweitern könnten. Auf diese Weise können und müssen wir wieder entdecken, was Würde bedeutet.

⋆⋆⋆

Wir sind mehr als fünf!
Gegen die Angst und den Notstand, für die Solidarität!
Corona hat den Kapitalismus in die Knie gezwungen, die Rückkehr zu der vorherigen Normalität ist keine Option!

Anarchistische Initiative Ljubljana
APL – FAO – IFA,
aus dem bald wieder besetzten Ljubljana,
19. März 2020 ■

contraste
zeitung für selbstorganisation
430-431 37. JAHRGANG JULI-AUGUST 2020 4'50 EUR
Ein Schnupperabo 3 Monate frei Haus - für nur 7,50 €!
Endet automatisch und muss nicht gekündigt werden!
Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V., Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel
www.contraste.org

SCHWERPUNKT
Kunst - sozial und politisch

Anzeige

Wut und Solidarität ohne Grenzen

Repression in Griechenland gegen die Proteste Geflüchteter im Lager Vial (Chios) und in den Abschiebegefängnissen Moria (Lesbos) und Paranesti in Zeiten von Corona

★ *Von: Kampagne* You can't evict Solidarity!
Dieser Text wurde am 15.05.2020 verfasst

Griechenland. Dutzende Verletzte durch Polizeigewalt, neun Menschen in Untersuchungshaft. Das ist die Antwort des griechischen Staates auf wütende Proteste im Lager Vial auf Chios, nachdem Mitte April eine Campbewohnerin tot in Corona-Isolation in einem Container des Lagers aufgefunden wurde. Sie starb aufgrund fehlender, medizinischer Versorgung.

Die Wut der in Quarantäne eingesperrten Menschen hatte sich im Lager Vial in Protesten entladen, nachdem eine 47-jährige, aus dem Irak geflüchtete Frau am 18. April 2020 an einem Herzinfarkt gestorben war. Zwei Tage zuvor war sie mit Herzrhythmusstörungen ins Krankenhaus auf Chios gebracht, dort negativ auf Covid-19 getestet und rudimentär mit Medikamenten versorgt worden. Zurück im Camp wurde sie außerhalb des Camps in einem Container als präventive Isolation eingesperrt, wo sie eine Panikattacke erlitt und einen Tag später, kurz nachdem ein NGO-Mitarbeiter sie noch besuchte, tot von ihrem Ehemann aufgefunden.

Auf die Nachricht ihres Todes folgten spontan wütende Proteste hunderter Campbewohner*innen. Während der Proteste wurde Feuer gelegt, dabei wurden mehrere Polizeiautos, Zelte und Container des Identifikations- und Empfangszentrums zerstört. Als die Polizei eintraf, um die Proteste zu beenden, setzte sie Tränengas und Schlagstöcke ein. Berichten zufolge verteidigten sich einige Protestierenden durch das Werfen von Steinen. Hunderte Menschen versuchten vor den Polizeieinheiten und dem Feuer in die umliegenden Felder zu fliehen, wagten jedoch nicht das Lager zu weit zu verlassen, da die griechische Regierung seit der Corona-Pandemie eine Strafe von 150 Euro für Verstöße gegen die Ausgangsbeschränkungen eingeführt hat. Das kann für diejenigen, die strukturell bedingt kaum die Möglichkeit einer Bewerkstelligung solcher Strafkosten haben, oft auch eine polizeiliche Festnahme bedeuten.

*Das Lager Vial auf der Insel Chios ist als einer der sogenannten „Hotspots“ in der Ägäis eines der größten Lager in Griechenland. Aktuell leben über 6000 Menschen in dem für 1000 Personen ausgelegten Lager. Die sowieso schon mangelhafte Versorgung mit Medikamenten und Lebensmitteln hat durch die Covid-19-Quarantäne ein unmenschliches Minimum erreicht. In den vergangenen Wochen haben Menschen Löcher im Wald geschaufelt um Wasser zu finden. Nazis und Anwohner*innen haben in den letzten Monaten die Straße zum Lager blockiert um Neuankünfte zu verhindern und vor einigen Monaten wurde das soziale Zentrum mehrerer NGOs niedergebrannt. Gleichzeitig gab es große gemeinsame Proteste solidarischer Anwohner*innen mit Geflüchteten.*

Aufgrund der brutalen Niederschlagung der Proteste durch die Polizei gab es Dutzende Verletzte. Außer-

dem sitzen nun neun Geflüchtete in Untersuchungshaft und sind aktuell wegen Brandstiftung, Sachbeschädigung, Landfriedensbruch und Verstößen gegen das Waffengesetz angeklagt. Ein Minderjähriger, der ebenfalls angeklagt ist, wurde zwar zwischenzeitlich wieder entlassen, wird aber weiterhin polizeilich überwacht. Für weitere sechs Personen wurde eine Untersuchungshaft beantragt. Ihnen allen drohen nun mehrere Jahre Haft.

Was sich hier ereignet hat, ist die physische Manifestation all der Ungerechtigkeiten, die jeden Tag gegen die Menschen verübt werden, die in den Lagern leben müssen.

!

You can't evict Solidarity *ist eine Anti-Repressions-Kampagne, mit der viele verschiedene Repressions-Betroffene aus antirassistischen, migrantischen Kämpfen an den EU-(Außen)Grenzen mit Spenden und Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden.*

Das immer wiederkehrende Muster gewaltvoller Niederschlagungen von (berechtigten) Protesten Geflüchteter in den griechischen Lagern, sowie deren anschließende oft willkürliche Inhaftierung und Kriminalisierung ist fester, struktureller Bestandteil der menschenverachtenden Migrationspolitik der EU entlang der Grenze zwischen Griechenland und der Türkei. Bereits frühere Repressionsfällen gegen Protestierende zeigten, dass einzelne Personen beispielhaft verhaftet und angeklagt werden, oft vollkommen unabhängig von einer tatsächlichen Beteiligung bei den Protesten. um jeglichen Protest in den Lagern gegen die katastrophale Situation zu verhindern. So wurden im September 2015 die Röszke11 nach Protesten gegen die Grenzschließung zwischen Serbien und Ungarn u.a. wegen Terrorismus mehrere Jahre in Ungarn inhaftiert. Gleichzeitig wurden über die letzten Jahre mehrfach Proteste von Bewohner*innen des Lagers Moria auf Lesbos gewaltsam niedergeschlagen und Beteiligte wie im Falle der Moria35 monatelang inhaftiert und angeklagt.

Nachdem der türkische Präsident Erdogan Ende Februar 2020 aus machtpolitischen Gründen den EU-Türkei-Deal platzen und Fliehende nicht mehr vom Grenzübertritt in die EU zurückhalten ließ, eskalierte eine Welle von Gewalt und Rassismus gegen Geflüchtete in Griechenland und der EU. Hierbei fielen tödliche Schüsse durch EU-Grenzbeamt*innen an der Evros-Grenze und es fand eine massenhafte Inhaftierung Schutzsuchender statt. Nun schürt die Regierung eine ablehnende Stimmung in der Bevölkerung mit Ängsten und begründet ihre migrationsfeindliche Politik mit Präventivmaßnahmen gegen die Corona-Pandemie. Mittlerweile werden Menschen aufgrund von Covid-19-Bestimmungen dort wo sie auf den Inseln ankommen am Strand in Quarantäne gesteckt, teilweise unter Planen, eingekesselt von Polizeiautos oder auf Supermarktparkplätzen, fast ohne Versorgung oder der Möglichkeit einen Asylantrag zu stellen. Anschließend werden sie in geschlossene Camps auf dem Festland transferiert. In den letzten Wochen wurde zudem vermehrt von Pushbacks auf dem Weg zu den griechischen Inseln berichtet.

Anfang April wurden Hungerstreiks inhaftierter Geflüchteter gegen die Bedingungen im Abschiebegefängnis im Lager Moria auf Lesbos, sowie im Abschiebegefängnis Paranesti in Nordgriechenland durch Polizeigewalt beendet. Hierbei gab es mehrere Verletzte. Durch den Streik versuchten Häftlinge ihren Forderungen nach Freiheit und menschenwürdiger Unterbringung Gehör zu verschaffen. In den Abschiebegefängnissen der Lager werden Menschen auf Grundlage ihrer jeweiligen Nationalität inhaftiert. Ohne ein Verbrechen begangen zu haben werden sie wie Kriminelle in Gefängnisse gesperrt, sind Polizeigewalt ausgesetzt und dürfen lediglich einmal am Tag auf den Hof. Auch sonst wird die Kommunikation unter den Häftlingen, als auch nach außen, durch die Beschlagnahmung von Handys unterbunden. Obwohl Abschiebungen aus Griechenland durch

die COVID-19-Beschränkungen auf unbestimmte Zeit ausgesetzt sind, werden die Menschen nicht aus der Abschiebehaft entlassen

Auch solidarische Strukturen und Unterstützer*innen in Griechenland werden momentan durch die Behörden, sowie durch Covid-19-Beschränkungen und hohe Strafen bei dem Brechen von Quarantäneauflagen an ihrer Arbeit und an solidarischen Protesten gehindert. Die Antwort der Kampagne „You can't evict Solidarity“ hierauf ist der Aufbau einer europaweiten Solidaritäts-Kampagne um Öffentlichkeit für die Situation vor Ort zu schaffen und Spenden für die Gerichtsprozesse der Inhaftierten zu sammeln. ■

Mehr Infos und Kontakt:

cantevictsolidarity.noblogs.org

Spendenverbindung:
Rote Hilfe e.V./ OG Hannover
IBAN: DE42 4306 0967 4007 2383 57
BIC: GENODEM1GLS
GLS Bank
Verwendungszweck: Cant evict Solidarity

Quellen:

- https://medium.com/are-you-syrious/ays-special-from-chios-fire-swallows-up-makeshift-homes-of-thousands-2cf8808d3106
- https://medium.com/are-you-syrious/ays-weekend-digest-18-19-4-20-vial-fire-latest-in-line-to-confirm-that-evacuation-to-safety-is-bfb4af7f176a
- https://t.co/dxKIBMrpVu?amp=1
- https://www.thenationalherald.com/community_general_news/arthro/three_asylum_seekers_arrested_for_violent_incidents_at_vial_hotspot_on_chios-267300/

Solidarität und Freiheit, Jetzt!

★ *Von: Karlsruher Anarchisten aus ihrer Nachbarschaft*
Dieser Text erschien am 02.04.2020 auf anika.noblogs.org

Seit dem Ausbruch der Covid-19-Epedemie ist ein altes Konzept in aller Munde: Solidarität und gegenseitige Hilfe.
In Zeiten der Krise können Solidarität und gegenseitige Hilfe helfen, schlimmeres zu verhindern, diese Konzepte der zwischenmenschlichen Begegnung können zudem auch in die Zukunft weisen.

Gerade gründen sich mehr und mehr Gruppen, vor allem im Internet, die sich zum Ziel setzen, Menschen in großer Not Zugang zu Nahrung, Schlafsäcken, Kleidung oder medizinischen Gütern und Hygiene zu ermöglichen. Das ist toll! Konzepte der zwischenmenschlichen Beziehung, die auf Solidarität und gegenseitiger Hilfe beruhen sind im Stande so etwas zu realisieren. Gerade jetzt sind Menschen auf besondere Weise betroffen von dem Ausschluss und Zugriff auf Versorgung, Begleitung, Unterstützung und Hilfe.

In Zeiten der Krise, im speziellen während der aktuellen Covid-19-Pandemie, wird die öffentliche Versorgung auf ein Minimum zurückgefahren. Ausgenommen die Gesundheitsversorgung und die Versorgung mit Gütern für diejenigen, welche sie sich leisten können. Die Wirtschaft soll möglichst schnell wieder angekurbelt werden. Wer die Mittel hat, soll möglichst wenig Einschränkungen im täglichen Konsum hinnehmen müssen. Verwunderlich ist dies nicht.

Der Logik des vorherrschenden Wirtschaftsystems, dem Kapitalismus, nach, stehen alle Güter erst einmal denen zur Verfügung, welche es sich leisten

können, sie zu konsumieren. Konsum meint hierbei nicht die Notwendigkeit oder das Bedürfniss nach etwas, sondern erst einmal die Möglichkeit, für den Bedarf oder die Notwendigkeit, zu bezahlen. Zum Beispiel ist Wohnungslosigkeit ein Problem unserer Zeit – ein massives Problem. Jede*r kann davon betroffen sein. Eine persönliche Krise, eine Kündigung, Kinder als Alleinerzeihende*r können ausreichen, um auf dem Wohnungsmarkt nicht mehr konkurrenzfähig zu sein. Eine unzureichende Versorgung im Gesundheitswesen ist weitestgehend allen bekannt, welche eine seltene Erkrankung oder wenig anerkannte Symptome als gesetzlich Versicherte haben. Monatelanges Warten auf einen Fachärzt*innen- oder Therapeutent*innen-Termin, gehören heute zur Tagesordnung. Menschen, welche vorrangig an der bestehenden Gesellschaftsform leiden (vgl. Das Unbehagen in der Kultur) und an diesem Leid psychisch erkranken, erleben dauerhaft die unzureichende Versorgung. Glücklich, wenn sie ein dezentrales, soziales Netz haben, welches sie aufzufangen vermag. Auf dramatische Weise wird in Zeiten einer Krise wie der Covid-19-Epedemie klar, dass die am heftigsten Betroffenen, am wenigsten auf die Hilfe des vorherrschenden Wirtschafts-, Herrschafts- und Gesellschaftssystems vertrauen können.

Mensch kann entgegnen, dass sich ja gerade jetzt Menschen organisieren, um die vulnerabelsten (verletzlichsten) Teile der Gesellschaft zu unterstützen. Das tun sie erstmal mit jedem menschlichen Recht und aus einer bitteren Notwendigkeit heraus. Gleichzeitig leben wir jedoch in einer Ordnung, welche sich auf die Fahnen schreibt: Wir kümmern uns um alle und jede*n. Im Sinne der kapitalistischen Logik ist dies richtig. Die Idee heißt: Wenn sich jede*r um sich kümmert, ist sich um alle gekümmert. Zurückbleibende Fragmente des nahezu abgeschafften und privatisierten Sozialstaates, versuchen nach Möglichkeit, diejenigen aufzufangen, die es nicht schaffen, sich im wirtschaftlichen Sinne um sich selber zu kümmern. Wer aus diesem Raster fällt ist auf die Hilfe und Solidarität anderer angewiesen. Anderer Menschen, die sich in einer freien Vereinbarung dem Schutz von Menschen, Hilfebedüftigen und der Erde annehmen. Die bedinungslos Unterstützung leisten, die keinen Gegenwert als das persönliche Wohlsein und das zukünftige Vertrauen auf Hilfe und Solidarität in eigenen Notlagen erwarten.

Anzeige

Genau dieser Faktor unterscheidet die gegenwärtig verordnete und bei nicht Beachtung der Regeln unter Strafe gestellte Art der Solidarität, von staatlich verordneter und bedingungsloser Solidarität.

Eine Idee von bedingungsloser Solidarität und gegenseitiger Hilfe,
liegt den Gedanken und dem Streben hin zu einer fairen und schönen Welt für alle Menschen, Tiere und der Erde selbst, schon lange zugrunde. Immer wieder wird entgegnet, dass bedingungslose Solidarität und Hilfe nicht funktionieren könnte. Dieser Kritik kann mensch die Frage nach Verlässlichkeit und Ehrlichkeit im Zwischenmenschlichen entgegenstellen. Arbeit in der gegenwärtigen Zeit ist ein Verhältnis der gegenseitigen Bedingungen. Der Boss fordert den Einsatz während die Arbeiter*innen den Lohn fordern. Wie vertrauensvoll und verlässlich sind diese Beziehungen? Jede*r der*die einmal aus unterschiedlichsten Gründen den Forderungen der Bosse oder Job-Center-Berater*innen nicht nachkommen konnte, kennt den Moment in dem das "Vertrauen" bricht und mensch alleine da steht. Von Solidarität und gegenseitiger Hilfe ist dann oftmals wenig zu spüren.
Ebenso verhält es sich in den bisherigen Krisen des Kapitalismus. Verluste wurden der Gesellschaft auferlegt, nachfolgende Gewinne blieben stets in der Hand der Besitzenden.

So verhält es sich auch in der aktuellen Krise, der Covid-19-Pandemie. Billionenschwere Programme werden aufgelegt, um die aktuelle Form des kapitalisitschen Wirtschaftens in Zukunft zu sichern. Es geht um die Bewahrung des Status Quo in der Zukunft. Das Auskommen derer zu sichern, welche am schwersten unter der dezeitgen Krise leiden, ist nur indirekt, wenn überhaupt, Ziel dieser Maßnahmen.

Das Paradox der kapitalistischen Herrschaft bleibt bestehen: Es ist dem Obdachlosen gleichermaßen erlaubt einen multinationalen Konzern zu kaufen wie dem multimilliarden schweren Unternehmen. Es ist beiden gleichermaßen verboten unter einer Brücke im Stadtgebiet zu schlafen.

Bedinungslose Solidarität und gegenseitige Hilfe als Konzepte des Zusammenlebens, als Form der freien Vereinbarung unter Gleichen, steht den oben beschriebenen Mechanismen seit langem entgegen. Jede*r, der oder die gerade anderen hilft und der oder dem in Zeiten der sozialen Isolation, oder weniger zugespitzt, des "Social Distancing", Gefühle der Nähe und zwischenmenschlichen Zufriedenheit zuteil werden, erlebt und erfährt einen Funkenschlag des Möglichen.

Eine Gesellschaft freier Menschen, welche die Freiheit des*der anderen genauso achtet wie die eigene, ist keine abstrakte Utopie. Es mag im ersten darüber Nachdenken sehr kompliziert erscheinen, es mag zu dem Glauben führen, die Menschen seien dazu aufgrund der Komplexität nicht im Stande. Doch wie komplex ist die bestehende Gesellschaft? Wo endet das individuelle Verständnis für die Glaubenssätze dieser Zeit? Nach den Nachrichten? Nach dem Studium? Nach dem Fernsehabend? Beim Job-Center oder als Untergebene*r in der Firma?

Das vorherrschende Wirtschaftssystem, der Kapitalismus, und die damit verbundenen Glaubenssätze lassen täglich abermillionen Menschen auf der Welt vom Glauben abfallen, denn sie lösen sich nicht ein. Wer ackert und glaubt durch Anstrengung über die Runden zu kommen, um anschließend unverschuldet gekündigt und brotlos zu sein, glaubt bald nicht mehr an das Narrativ (eine Art Märchen) des Wachstums und Hocharbeitens.

Wer heute Erfahrungen mit direkter und unverordneter Solidarität und gegenseitiger Hilfe macht, egal ob als Familienmitglied, Obdachlose*r, Solo-Selbst-

ständige*r, Pflegekraft oder was immer, tut gut daran, diese Erfahrungen mitzunehmen in eine Zeit nach der Pandemie und der nachfolgenden Krise.

Diese Prinzipien und die gemachten Erfahrungen können die Basis sein, die Basis im kommenden Kampf um eine faire und schöne Welt für alle Menschen! Für eine freie und faire Gesellschaft, eine (Welt-)Gesellschaft, in der die Freiheit des einen die Solidarität mit allen anderen bedingt. Eine Welt, in der sowohl die Erde, als auch die freien und gleichwertigen Geschöpfe einen fairen Ort des Lebens haben, indem das Wir vor allem die Anderen sind.

⋆⋆⋆

Solidarity is Power! – Gegen die Ausbeutung und Herrschaft von Menschen über Menschen. Gemeinsam für ein ganz anderes ganzes! ■

Eigentum macht krank: Häuser fischen in viralen Zeiten

Hamburg – Willkommen zurück auf der Landkarte der Besetzer*innen

★ *Von: ALLTUN(A)*
Das ALLTUN(A) wurde am 09.05.2020 um 07.00 Uhr besetzt und um 16.00 Uhr geräumt

Eine andere Welt ist möglich! Damit meinen wir nicht in erster Linie eine Welt ohne covid-19, sondern eine Welt, in der anders damit umgegangen wird. In der unsere Leben, unsere Gemeinschaft als Menschen, unsere Gesundheit im Zentrum steht und nicht der Profit der Reichsten.

Wir haben das Alltuna geöffnet, weil wir eine andere Welt für nötig halten und einfach mal damit anfangen wollten. Weil eine andere Welt vor der Tür steht.

Wir fangen an und fragen nicht mehr: Besetzen fetzt! Türen auf! Wir fragen nicht, ob wir Raum gestalten dürfen, denn damit sind wir in den letzten Jahren wirklich nirgendwo hin gekommen. Außer in ausbeuterische Mietverhältnisse, an denen nun das gesamte kulturelle Leben der Stadt krankt! Alles, was in jahrzehntelanger mühevoller unentgeltlicher Arbeit verschiedener Akteur*innen auf die Beine gestellt wurde, steht auf dem Spiel: Wegen der Mieten. Sei es die SKF, das Centro Sociale, das Gängeviertel, Konzertsäle, Clubs, Kleintheater, Infoläden oder unser eigener Lebensraum. Hätten wir mal bloß früher die Eigentumsfrage gestellt.

Viel schlimmer noch trifft es diejenigen, die kein Zuhause haben. Öffentliche Einrichtungen sind derzeit geschlossen und die Stadt streicht Hilfen. Sie ist darüber hinaus nicht gewillt, Menschen in prekären Situationen auf andere Weise zu schützen! Die allgemeine Handhabe ist es, die Verantwortung auf Ehrenamtliche abzuwälzen. Ja, wir helfen einander gerne. Aber nicht, wenn wir gleichzeitig als Schuldige dargestellt werden: als Schuldige, wenn wir anderen Menschen Kaffee geben und dabei scheinbar zu dritt sind und Buße zahlen sollen. Wenn wir uns selber organisieren wollen und uns dafür treffen. Wir wissen, was Hygiene heißt. Wir wissen, was Hilfe und Nähe heißt. Irgendwo muss das Soziale in all der Distanz ja hin, es lässt sich nicht wegrationalisieren. Denn wir sind Menschen, keine Arbeiterbienen in Wabenhaltung!

Covid-19 ist der Virus, unser System, der Kapitalismus, die Krise: Also, brechen wir die Isolation und nehmen uns die Straße! Raus aus der Wohnung, rein in die Häuser.

Wir fordern alle Hamburger Bürger*innen, alle Menschen in dieser Stadt auf, sich mit dieser und folgenden Besetzungen öffentlich zu solidarisieren und Verantwortung zu übernehmen für menschenwürdige Zukünfte für Alle.

1. Die Zukunft hat Hamburg schon längst verlassen, hier wird ja nicht mal mehr besetzt, oder?

Hamburg ist eine populäre Stadt, ein wichtiger Industriestandort, ein Tor zur Welt, wie sie sich immer nennt, die sogenannte freie Stadt. Hamburg ist eine Stadt, wie viele andere auch, in der gerade Verdrängung passiert. Altona umgebaut zum Konsumparadies, schimmelnde WG-Zimmer direkt an der Reeperbahn für über 500 Euro, und dazwischen die Polizei, die jeden kontrolliert, der nicht weiß ist. Die Hamburger Politik ist untätig und schaut zu, wie das kulturelle und soziale Leben der Stadt verblutet an der Gier der Spekulant*innen. Investiert wird in Prestigeobjekte, vom Bunker an der Feldstraße bis zur Elbphilharmonie, gebaut werden noch mehr Büros und Flächen wie das Holstenareal, werden schleichend von ihrem anfänglich „sozialen" Konzept in Wohnraum für Reiche umgeplant. Wer soll sich das denn noch leisten können, das Leben in dieser Stadt?

Besetzungen sind in Hamburg rar geworden – wir erinnern uns an das Gängeviertel, an die KoZe, an die Zeit um 2012/13, als innerhalb kürzester Zeit Häuser aufgemacht und belebt wurden. Und jetzt? In Berlin wurde am 30. April besetzt, in der Nacht auf den ersten Mai in Wuppertal und in Leipzig, mehrfach. Daneben gibt es in sehr vielen Städten und Ländern Zusammenschlüsse zum Mietstreik und stille Besetzungen. Wir freuen uns, zu sehen, dass die Herrschaft des Kapitals nicht länger anerkannt wird. Es geht um unsere Leben, um unsere Leben in Würde: Wir sind geboren, um frei zu sein. Auch in der Hansestadt. Das Virus ist natürlich, doch die Pandemie ist systemisch – und Autorität wird sie nicht wegbefehlen können. Also helfen wir uns selbst und geben uns Raum. Jetzt, wo alle Homeoffice machen, hat sich das mit den Grossraumbüros doch eh erledigt, oder?Weiter geht's!

2. Eigentum macht krank: Häuser fischen in viralen Zeiten

Wir dürfen uns nicht länger von der Repression der Obrigkeit einschüchtern lassen. Im Gegenteil sollten wir Eigentum wieder als das entlarven, was es ist: nämlich Diebstahl. Gerade im letzten Jahr ist die Debatte um Enteigung in der Mitte der Gesellschaft angekommen: bei Vonovia, Deutsche Wohnen oder gar VW, um nur einige Player zu nennen. Während großspurig die Held*innen des Alltags als systemrelevant erklärt werden, müssen auch sie weiter Mieten zahlen. Und gleichzeitig haben viele ihre Arbeit verloren und sollen auf einen Teil ihres Lohns verzichten. Kann dieses System überhaupt relevant sein? In diesem Sinne wünschen wir uns und euch einen heißen Sommer.

3. Solidarische Raumöffnung: Alles Allen heißt Alle tun Alles: ALLTUNA

Nun sind wir white privileged kids nicht gerade die Leute mit dem größten Raumbedarf in der Stadt. Das ist uns bewusst. Deswegen wollen wir diesen Raum öffnen und teilen. Unser Konzept für die nächsten Tage ist es, euch einzuladen auf einen sorgsam-distanzierten Prozess, in dessen Rahmen wir gemeinsam herausfinden und verhandeln wollen, wer diesen Raum wie in Zukunft benutzen will und wird.

Was ist sein Hauptzweck? Welche Werte legen wir zugrunde? Welche Regeln gibt es und wie können sie sich verändern? Wie treffen wir Entscheidungen? Wer hat welchen Zugang und wie teilen wir ihn? Im Idealfall steht am Ende dieser ersten Woche, also zum 16. Mai, eine Art Grundsatzpapier und ein Kollektiv, das sich für die Selbstorganisation des Raumes verantwortlich zeigt. ALLTUNA beginnt ab Montag täglich um 11:00. Wir können, um der Gesundheit willen, höchstens 15 Menschen zur Zeit reinlassen, am Besten mit Mund-Nasenschutz. Dieser Slot wird voraussichtlich 3h dauern, zeitweise mit einer von außen zugänglichen Jitsikonferenz. Wenn Leute sich im Supermarkt „sicher" aufhalten dürfen, können sie auch hier sicher sein! Also überlegt euch, wen ihr als Delegierte*n eures Freund*innenkreises hinschicken mögt, damit es möglichst divers wird.

4.#leavenoonebehind #TagdesZorns

Auch mit unserem Kopf voller bunter Ideen und Lebensfreude sind sind wir voller Zorn. Staat und Kapitalismus tragen maßgeblich zum Ausmaß dessen, was gerade mit uns passiert, bei. Durch ihre Existenz und zwanghafte Aufrechterhaltung wird sichtbar, wie rassistisch und von faschistoider Bürokratie vergiftet das Leben auf dem Flecken Erde, der Deutschland genannt wird, ist.

Nicht nur die europäische Außengrenze – Stichworte: Frontex, Irini, Mittelmeer, Moria – ist ein Vernichtungsapparat von Allem, was als fremd wahrgenommen wird, sondern auch der innerdeutsche Diskurs selber trägt dazu bei, wie Menschen, deren Erscheinungsbild oder Sprache nicht als weiß (oder, um direkt zu sein: Kartoffel) wahrgenommen wird, angegriffen, misshandelt und getötet werden. In der aktuellen Lage zeigt sich das noch deutlicher: wer ausgeschloßen wird von der Hilfe, vom Dach über dem Kopf und wer die Kontrollen und Bußen im öffentlichen Raum vor Allem abkriegt, sind People Of Colour. Hanau ist kein Einzelfall sondern reiht sich ein in eine erschreckende Kontinuität des Rassismus – mit Lagern, Massakern, Spargelstecher*innen, Seehofern und direkter Gewalt durch Polizeibeamt*innen und anderen „Sicherheits"beauftragten.

5. WIR FORDERN

- keine Arbeit für niemand. Arbeit macht krank - nicht nur mit COVID-19, sondern auch mit Depression, mit Burn-Out, mit kaputten Rücken und zerstörtem sozialem Umfeld. Wir brauchen Zeit, uns umeinander zu kümmern und um unsere Bedürfnisse. Gegenseite Hilfe und Care sind relevant - das System ist es nicht. Grundeinkommen statt Arbeitszwang! alle caren, keiner workt: #alletunalles

Anzeige

- die Befreiung aller Gefangenen. ob in Lagern, in Rückkehrzentren oder in Gefängnissen - free them all!
- Wohnraum für Alle und zwar umsonst! Keine Miete mehr, kein ungenutzter Leerstand mehr. Wir brauchen Raum, uns umeinander und um unsere Bedürfnisse zu kümmern.
- Zugang zum Gesundheitssystem für Alle, immer, und umsonst. Unsere Leben sind mehr Wert als eure Profite! Schafft Raum für mehr freiwillige Gesundheitsarbeit, schafft Raum für mehr gegenseitige Hilfe, schafft Raum und Zeit und Finanzen, dass jedx einzelne Mensch so gesund sein kann, wie sie*er will – ohne Kontrolle.
- die Aufhebung der nationalstaatlichen Grenzen und der Grenzen um Europa. Grenzen schützen nicht vor Viren, sondern schaffen Unsicherheit für diejenigen, die ausgegrenzt werden und die, die Verwandte und Freund*innen besuchen und unterstützen wollen. Grenzen töten nicht Viren, sondern Menschen.

ALLES ALLEN ■

Zwischen schützendem Staat und falscher Empörung – anarchistische Gedanken aus Wuppertal

★ *Von: autonomer1mai.noblogs.org*
Dieser Text wurde uns am 20.05.2020 zugesandt

Wenn wir eine Momentaufnahme der jetzigen Situation, bezogen auf Deutschland, machen, so fällt auf, dass die Pandemie dem Ansehen des Staates und vor allen Dingen der Regierung, im speziellen der CDU, in der Anfangsphase und auch nach wie vor (auch wenn erste Risse auftauchen) enorm genutzt hat. Eine sich extrem auf dem absteigenden Ast befindende CDU zeigt sich momentan erholt. Der Regierung gelingt es, mit dem Raushauen enormer Geldbeträge die Zukunftsängste relativ klein zu halten, was ihr vorerst das Vertrauen vieler Bürger*innen sichert. Das wird mit der sich entfaltenden Wirtschaftskrise schwerer werden. Es ist möglich, dass die Leute dann nicht mehr ganz so stark die Füße stillhalten, wenn Pleitewellen kommen und die Arbeitslosigkeit steigt. Auf der anderen Seite steht, dass die Pandemie uns noch eine ganze Weile beschäftigen wird und dass deshalb viele dazu neigen könnten, sich aus Angst und Unsicherheit weiter der Regierung und dem Staat anzuvertrauen und ruhig zu bleiben. Die Voraussetzungen in Deutschland sind dafür leider sehr gut.

Das Ausbleiben einer wirklich drastischen „Welle“ ist für den Staat zweischneidig – er muss der Bevölkerung verkaufen, dass es seine Maßnahmen waren, die das möglich machten. Und mit der sich immer noch in der Entwicklung befindlichen „freiwilligen“ Corona-App zur nachträglichen Kontaktrekonstruktion Infizierter will die Regierung einem Großteil der Gesellschaft „freiwillig“ ein autoritär hochwirksames Werkzeug verabreichen und hofft dabei auf eine große Akzeptanz zu stoßen. Dagegen stehen ein paar Fakten (Fall der Reproduktionszahl schon Mitte März auf ca. 1), als auch, dass derzeit die allermeisten konkret nicht mit Covid-19 konfrontiert sind und sich offensichtlich bei einigen sogar der Gedanke breit macht, das Virus wäre nicht real. Das sorgt bei den einen nicht nur für Leichtsinnigkeit im Umgang miteinander. Ein Virus ist naturgemäß nicht greifbar und eignet sich deshalb für Verschwörungsprojektionen, die ja sowieso immer viraler werden. Das besonders schlimme an den „Hygiene“-Demos ist der Umstand, dass sich Rassismus, Antisemitismus und Verschwörungsmythen mit Kritik an den Notstands-

maßnahmen und den Einschränkungen von Freiheits- und Grundrechten mischen. Hier haben wir als breites Spektrum emanzipatorischer Zusammenhänge versagt. Es zeigt sich also zum einen, dass wir zu zögerlich waren, zu handeln (was in Anbetracht der sehr schwer einschätzbaren Situation nachvollziehbar ist) und zum anderen, dass wir generell zu wenig anschlussfähig sind. Wir können in aller Deutlichkeit erleben, dass wir in Bezug auf soziale Fragen gesellschaftlich keinen Fuß in der Tür haben, was jetzt um so schwerer ins Gewicht fällt. Denn auf viele Missstände werden verkürzte oder falsche Antworten gegeben, anstatt kapitalistische Zustände zu kritisieren, wird die Verantwortlichkeit auf einzelne Akteur*innen projiziert.

Es gilt jetzt möglichst schnell Boden gut zu machen, denn die anlaufende Wirtschaftskrise könnte Rechte (AfD und co) wieder extrem stärken, wenn es keine radikale, offensive, aber gleichzeitig auch anschlussfähige Tendenz gibt. Die Voraussetzungen dafür sind zwar nicht optimal, aber auch nicht nur schlecht. Die Pandemie hat gerade in der allerersten Phase für ein breites Thematisieren der Lage des Pflegepersonals geführt. Das relativ weit gehende Runterfahren von Verkehr und Produktion, zumindest in einigen Bereichen, führt derzeit zu besserer Luft, weniger Emissionsausstoß, usw. Das wird durchaus breit wahrgenommen. Gerade ganz zu Anfang schien es, als sei das Gefühl, dass ein Zurück zum vor-pandemischen Normalbetrieb nicht möglich und auch nicht wünschenswert ist, etwas weiter verbreitet als sonst. In der jetzigen Phase der „Öffnung“ treten all diese Diskurse jedoch verblüffend schnell wieder in den Hintergrund. Interessant hierbei ist auch die Verschiebung des Solidaritätsbegriffes im öffentlichen Diskurs. Während zunächst noch solidarische Hilfe propagiert wurde, nachbarschaftliche Initiativen gegründet wurden und ein allgemeines Interesse der gegenseitigen Unterstützung bestand, werden die Forderungen immer lauter, die vor allem das individuelle Bedürfnis der Fordernden zum Inhalt haben. Ging es vor einigen Wochen noch darum, alte und vorerkrankte Menschen zu schützen, sollen diese nun isoliert werden, damit für „den Rest“ der Gesellschaft das Leben möglichst normal weiter gehen kann. Anstatt zu kritisieren, dass viele Menschen weiterhin unter hygienisch schlechten bis untragbaren Bedingungen arbeiten müssen, ist es der „Mund-Nase-Schutz“, der Menschen auf die Straße bringt. Das Zeitfenster für uns, zu handeln und Diskurse zu setzen, ist also klein. Wie sich eine ja immer noch mögliche und nicht unwahrscheinliche „zweite Welle“ auswirkt, steht in den Sternen, wie derzeit so vieles. Denn wir wissen letztlich auch nicht, wie in Deutschland die Wirtschaftskrise reinknallt. Kommt es zu einer schnellen Erholung wie beim Finanzcrash 2008/2009 mit einem, vergleichsweise milden Verlauf für Deutschland oder wird es diesmal drastischer? Das hängt natürlich einerseits vom weiteren Verlauf der Pandemie ab und anderseits (was natürlich zusammenhängt) auch vom Verlauf der (Wirtschafts-)Krise in anderen Regionen der Welt.

Weltweit kommt es derzeit zu massiven Aufständen aufgrund von Corona, darunter viele Hunger- und Gefangenenrevolten und die Kämpfe, die bereits vor der Pandemie geführt wurden, sind nicht tot, wie die Rückkehr der Gelbwesten in Frankreich zeigt und auch die Revolten im Irak haben sich erneut entzündet. Ein entscheidender Punkt für hier wird auch sein, wie sich die Situation, bezogen auf Pandemie

und Wirtschaftskrise, auf die Migrationsbewegungen auswirken wird. Wenn noch mehr Menschen gegen die Festung Europa anrennen, wird es für die Herrschenden schwerer, sie zu halten und dadurch gerät auch der Kapitalismus und „unsere Art zu leben" (nämlich auf Kosten des Restes der Welt) stärker unter Druck.

Die Kämpfe sind oftmals die gleichen wie zuvor, aber eben anders...

Die weltweite Zuspitzung, die schon vor Corona herrschte, wird weiter verschärft. Weltweite Aufstände mit emanzipatorischem Einschlag stehen gegen eine unglaubliche Dynamik der Rechten, wie Trump, Johnson, Bolsonaro, usw., stärkere Hinwendung zum Autoritären auch von Christ- und Sozialdemokratie. Ein neuer Faschismus scheint möglich! Die autoritäre Tendenz (und das ist fast schon zu schwach formuliert) hat sich deutlich verstärkt. Ausnahmezustände, Suspendierung von Grundrechten und das alles ohne nennenswerten Widerstand (vorallendingen wegen der Angst vor der Pandemie) sind eine schwere Hypothek für die kommenden Kämpfe.

Mit Rückblick auf den diesjährigen ersten Mai in Wuppertal lassen sich zwei Dinge benennen. Einerseits gibt es Handlungsspielraum, der weiter ausgebaut werden kann. Ein hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit im Umgang miteinander, Kreativität und Konsequenz sind hierfür die Grundlage. Eine erfolgreiche Sponti, pünktlich um Mitternacht, läutete den ersten Mai mit Feuerwerk und Licht ein. Dabei wurde auf Abstand geachtet und ein kleines Zeitfenster gewählt. Tagsüber ging es mit zwei weiteren Kundgebungen weiter, davon eine in Solidarität mit Pflegekräften. Hier zeigt sich, wie sinnvoll eine Verknüpfung von Kämpfen ist. Andererseits, und hier kommen wir vor allem zu den späteren Stunden des ersten Mai, sind die zu erwartenden Repressionen stärker. Nicht nur, dass Repressionsorgane weiteren Handlungsspielraum aufgrund von Coronamaßnahmen haben, auch erleben wir ein immer stärkeres und brutaleres Vorgehen gegen autonome und emanzipatorische Bestrebungen, nicht nur, aber verstärkt im Zusammenhang mit Corona. Die Entscheidung, an einem Tag wie dem ersten Mai auf die Straße zu gehen, und das schließt auch ein, sich am Kiosk ein Getränk zu holen, endet für so manche die Nacht über im Gewahrsam. Hier liegt es an uns, Strukturen aufzubauen und zu stärken, die betroffene Menschen unterstützen, den Vor- und Nachbereitungsprozess begleiten und vor allem helfen, einen gemeinsamen und solidarischen Umgang mit der folgenden Repression zu finden. Denn, zu den individuellen Erfahrungen, den sozialen Einschränkungen im Alltag, Belastung durch Job, Individualisierung, etc. oder Ängsten durch die Pandemie, kommt durch Repressionserfahrung noch eine weitere Ebene der Belastung. Und der Umgang hiermit ist durch die oben genannten Umstände sicher schwieriger als ohnehin schon. Gleichzeitig lässt sich aber auch sagen, dass ein Tag wie der erste Mai dazu führt, dass viele Menschen in die Agitation kommen. Spätestens im Nachgang sind viele gute Prozesse entstanden und Menschen haben angefangen, sich gegen die Polizeimaßnahmen, wie das stundenlange Belagern eines ganzen Viertels, zu organisieren. Diese Bestrebungen sollten wir versuchen zu koordinieren und zu verstärken, damit sie langfristig bleiben und fruchtbar sind. Was derzeit in unserem Handeln sehr fehlt, ist das offene schwellenlose Zusammenkommen, so dass Leute, die zunächst loses Interesse haben oder sich an einen konkreten Konflikt beteiligen wollen, dazu stoßen können. Dieser sowieso schon vorhandene Missstand wird durch die jetzige Situation noch verschärft. Es gilt, ihn zu beenden!

Es lassen sich diverse Handlungsstränge ableiten, die aktuell als sinnvoll erscheinen. Ein wesentliches Stichwort heißt Organisierung und Vernetzung. Betreffen sollte das Arbeitskämpfe, aber auch solidarische Initiativen, Stadtteile, etc.. Hierbei müssen wir es schaffen, radikal und (!) anschlussfähig zu sein. Gleichzeitig scheint die Zeit sinnvoll für subversives Handeln und militante Aktionen. Allerdings sollte hier Wert auf die Vermittlung gelegt werden, um diese in bestehende Diskurse einzubetten oder neue mit ihnen zu eröffnen. Wir werden die Faschist*innen und die Aluhutfraktion sicherlich auch klassisch mit Outings und Aktionen gegen exponierte Persönlichkeiten bekämpfen müssen. Wirklich wirksam

wird ein Kampf aber nur, wenn wir eine eigene sozialrevolutionäre Agenda entwickeln und verfolgen. Und letztlich sind die Herrschenden keinen Deut besser als das Pack, das derzeit gegen sie auf die Straße geht. Ein Bündnis mit der einen oder den anderen Seite muss vermieden werden. Dennoch gilt es, Bündnisse zu suchen. Diese können situationsbedingt und lokal sehr unterschiedlich sein. Uns fallen Gruppierungen wie die Seebrücke oder der rebellische Teil von fridays for future, aber auch lokale soziale Initiativen ein, mit denen punktuell oder langfristig zusammen gearbeitet werden sollte. Insbesondere die Klimafrage muss so schnell wie möglich wieder offensiv angegangen werden. Die Wirtschaft wird im Zuge der Krise massiv versuchen, den Diskurs, als auch die kleinen Erfolge des Klimakampfes nichtig zu machen. Gleichzeitig ist die Klimafrage ungewöhnlich breit anschlussfähig. In den Bündnissen gilt es, eine antiautoritäre, sozialrevolutionäre Perspektive möglichst stark zu vertreten. Eine andere Bündnisoption sind unterschiedlichste Menschen und Zusammenhänge, die von den immer fieser werdenden Polizei-Gangs belästigt oder misshandelt werden. Auch in diesem Diskurs lassen sich beispielsweise notwendige herrschaftskritische und anarchistische Akzente setzen.

Auch wenn die Corona-Situation das aktuelle Setting unseres Alltags weitgehend bestimmt, sollten die Kämpfe, die bereits vor Corona geführt wurden, unbedingt weiter geführt werden. Schlussendlich gilt auch hier, weiterhin aufeinander aufzupassen und der Vereinzelung entgegenzuwirken, um gemeinsam und vor allem langfristig Kämpfe führen zu können – in Corona-Bezug eben mit besonderem Augenmerk auf den gegenseitigen Schutz vor Ansteckung. ■

Im Auge des Sturmes

Vom Sozialabbau in Krisenzeiten und den selbstorganisierten Widerstand dagegen. Ein Arbeitsbericht

★ *Von: Frantisek Jez*
Dieser Text wurde uns am 21.05.2020 zugesandt

Als am 16. März wegen Corona die Ausgangsbestimmungen in Wien in Kraft traten, machte auch ein guter Teil des Sozialsystems, das obdachlose Menschen unterstützt, seine Schotten dicht. Mit einem Schlag wurden die Essensausgabestellen geschlossen, die Wärmestuben waren zu und die wenigen Stellen, die Menschen ohne Krankenschein medizinisch versorgten, boten ihre Dienste nicht mehr an. Ich arbeite in einer Notunterkunft, die niederschwellig Schlafplätze anbietet. Ich bekam diese Entwicklung also hautnah mit, ich saß gewissermaßen im Auge des Sturms.

Auch die Notunterkünfte blieben von den plötzlichen Sozialabbau nicht verschont. Über ganz Wien verteilt gibt es ca. 15 solcher Einrichtungen. Als Schutzmaßnahme wurde die Anzahl der Betten insgesamt gesenkt. Informationen gab es nur wenige und diese änderten sich schnell. Die Dienste von meinen Kolleg*innen und mir bestanden nun auch darin, herumzutelefonieren und herauszufinden, wer wo noch unter welchen Bedienungen überhaupt noch Menschen aufnahm. Meist war es vergebliche Liebesmüh. Wiederholt mussten wir Leute wegschicken, obwohl es draußen noch Minusgrade hatte. Als Trost bekamen sie immerhin ein Lunchpaket, die anderen Essensausgaben waren ja geschlossen.

Dieser Sturm des Sozialabbaus, der im Schatten der Corona-Krise losbrach, kam überraschend. Doch wer sich auch nur oberflächlich für Meteorologie interessiert hätte, hätte das Unwetter aufziehen sehen können. Damit meine ich weniger den Virus, der Tag für Tag näher kam; damit mein ich eher die Arbeitsbedingungen im Sozialbereich. Kürzungen, hoher Arbeitsdruck, Unterbesetzung bei gleichzeitig mieser Bezahlung ist hier Normalität. Burnout gehört in diesen Berufen schon lange zum Standardrepertoire. Die Pandemie hat hier, wie in vielen anderen Bereichen, nur wie eine Lupe gewirkt, und strukturelle Mängel so augenscheinlich gemacht, dass sie nicht mehr übersehen werden können.

Durch meine Arbeit in einer niederschwelligen Notunterkunft bin ich nochmal in einer speziellen Situation. Die Stadt Wien stellt diese jeweils nur für die Wintermonate November bis April zur Verfügung. Dadurch sollen schlechte Nachrichten („Kältetote in einer der reichsten Städte der Welt") vermieden werden. Die Zeche für diesen PR-Gag müssen die Wohnungslosen zahlen, die im Sommer wieder auf der Straße schlafen können. Gleichzeitig müssen wir Arbeiter*innen uns mit einem Dauerprekariat zufrieden geben und uns von einem befristeten Dienstverhältnis zum nächsten durchhanteln.

Doch dagegen regte sich auch Widerstand. Die „Initiative Sommerpaket" ist ein Zusammenschluss von Basismitarbeiter*innen aus eben diesem Bereich. Wir fordern ganzjährige, niederschwellige, qualitativ hochwertige Notquartiere – bislang leider vergeblich. Dadurch würde sich die Versorgung der Wohnungslosen und gleichzeitig unsere Arbeitsbedingungen verbessern. Eine Nummer größer gab es auch Proteste im gesamten Sozialbereich, die vom Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) angeführt wurden. 2018 gab es die erste Streikwelle für höhere Löhne. Dieses Jahr wurde für eine Arbeitszeitverkürzung gestreikt – bis die Proteste durch Corona auf Eis gelegt wurden.

In Krisenzeiten zeigte sich schnell, wer dem Sturm trotzt – oder wer zumindest versucht, ihm zu trotzen und wer sich quasi in vorauseilendem Gehorsam dem Wind beugt. Der ÖGB beugte sich nicht nur, er fiel der Streikbewegung in den Rücken, indem er am Höhepunkt der Pandemie einen schlechten Kollektivvertrag mit einer Mini-Arbeitszeitverkürzung in drei Jahren und bis dahin eine Mini-Gehaltserhöhung abschloss. Die Angst vor der kommenden Wirtschaftskrise stand ihm dabei ins Gesicht geschrieben. Im Gegensatz dazu wurde die „Initiative Sommerpaket" in der Krisenzeit sehr aktiv. Da wurden „Hotels für Alle!" und damit eine Ende der Massenunterkünfte gefordert, schlechte Schutzausrüstung und Krisenpläne angeprangert, ein offener Brief mit der Forderung nach mehr Kapazitäten und bessere Informationen geschrieben, mit dem Fahrrad die Arbeitenden am 1. Mai in den Notquartieren solidaritätsbesucht, Solidarität mit Refugees, die in Quarantäne in einem Massenlager waren, ausgedrückt, etc.

In der Zwischenzeit hat sich der Sturm zwar nicht gelegt, er ist aber deutlich schwächer geworden. Die meisten Einrichtungen haben zumindest ein Notversorgung eingerichtet. Es gibt also wieder Essen, medizinische Versorgung, Aufenthaltsmöglichkeiten für Obdachlose, wenn auch nur im eingeschränkten Ausmaß. Die Notquartiere wurden bis in den Sommer hinein verlängert und haben jetzt auch tagsüber offen. Zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen führte das nur teilweise, denn zu den ungelösten Grundproblemen kommen immer noch unklare Informationen, die Anspannung der Zeit, die Umstände, fehlender Umgang mit Schutzausrüstung etc.

Dazu kommt die Angst, dass dieser Sturm erst der Anfang war; dass sich noch ein viel größeres, mächtigeres Unwetter zusammenbraut – sei es durch die Zweite Welle, sei es durch die Wirtschaftskrise. Gemeinsam mit meinen Kolleg*innen von der Arbeit, von der „Initiative Sommerpaket" werd ich dann wieder im Auge des Sturms stehen. Doch auch wenn es nicht so schlimm kommt, müssen wir neue Wege gehen. Ein Zurück zur Normalität kommt nicht in Frage, da diese Normalität Teil des Problems war. Auf diesem Weg können wir weder Parteien noch traditionellen Gewerkschaften vertrauen. Wir haben nur uns. Gerade deswegen sind Basisorganisationen in dieser Zeit so wichtig. Deshalb: Schafft zwei, drei, viele Basisorganisationen! ■

Wie kann die Klimagerechtigkeits-Bewegung jetzt agieren?

★ *Von: lix*
Dieser Text wurde uns am 20.05.2020 zugesandt

Ich glaube, ein Großteil der Europäischen Klimagerechtigkeitsbewegung fühlt sich im Moment geschockt und etwas ohnmächtig. Alle Aktionen, auf die wir uns gefreut haben und in die wir viel Zeit investiert haben, die aber vor allem den Kampf um Klimagerechtigkeit voranbringen sollten, sind abgesagt – und das ist auch gut so.

Vielleicht ist es jetzt an der Zeit für einen Schritt nach vorne und unsere Tätigkeit sowie unsere Identität als Aktivist*innen zu hinterfragen. In der Klimagerechtigkeits- und auch in anderen Bewegungen hat sich längst eine Aktivist*innen-Mentalität entwickelt. Wir werden mehr und mehr zu Expert*innen für sozialen Wandel und gesellschaftliche Veränderung. Dabei sehen wir uns als eine Gruppe von Menschen, die schon mehr begriffen hat als Andere, die die Notwendigkeit für einen sozialen Wandel längst verinnerlicht hat und ihr Leben zum Großteil auf ihren Aktivismus abstimmt. Wir haben eine ganz bestimmte Vorstellung von unserer Rolle in der Gesellschaft: Aktivist*in ist zu einer Identität geworden.

„The role of the 'activist' is a role we adopt just like that of policeman, parent or priest – a strange psychological form we use to define ourselves and our relation to others. The 'activist' is a specialist or an expert in social change – yet the harder we cling to this role and notion of what we are, the more we actually impede the change we desire. A real revolution will involve the breaking out of all preconceived roles and the destruction of all specialism – the reclamati-

on of our lives. The seizing control over our own destinies which is the act of revolution will involve the creation of new selves and new forms of interaction and community. 'Experts' in anything can only hinder this."—Andrew X

„Die Rolle der 'Aktivistin' ist eine Rolle, die wir genauso übernehmen wie die des Polizisten, Elternteils oder Priesters – eine seltsame psychologische Form, die wir benutzen, um uns selbst und unsere Beziehung zu anderen zu definieren. Die 'Aktivistin' ist eine Spezialistin oder Expertin für sozialen Wandel – doch je mehr wir an dieser Rolle und an unserer Vorstellung davon, was wir sind, festhalten, desto mehr behindern wir tatsächlich den von uns gewünschten Wandel. Eine wirkliche Revolution wird den Ausbruch aus allen vorgefassten Rollen und die Zerstörung allen Spezialistentums beinhalten – die Rückgewinnung unseres Lebens. Die Übernahme der Kontrolle über unser eigenes Schicksal, die der Akt der Revolution ist, wird die Schaffung eines neuen Selbst und neuer Formen der Interaktion und Gemeinschaft mit sich bringen. 'Experten' in allem können dies nur verhindern."—Andrew X

Jetzt, da viele unserer Aktionsformen nur noch schwer umzusetzen und wir vielleicht auch geschockt und ratlos sind, können wir uns über neue Strategien Gedanken machen. Wie kommen wir weg von unserer Expert*innen-Rolle als Aktivist*in und bringen unserer Erfahrungen, Wissen und Praxis an die restlichen Menschen? Die Coronakrise ist auch eine Kapitalismuskrise. Das können und sollten wir nutzen! Dabei ist vor allem die Frage: Wie kommen wir weg von Aktionen gegen einzelne kapitalistische Akteur*innen (wie beispielsweise die Kohleindustrie und RWE) hin zu Kampf gegen dem Kapitalismus als Ganzes? Oder besser gesagt, wie weiten wir unseren Kampf auf alle Aspekte des Zusammenlebens aus? Oder wie verbinden wir diese Aspekte?

Wir alle fühlen uns sehr wohl in einer Community von Klimaaktivist*innen, die sich durch ihre präfigurative Organisation auszeichnet. Was bedeutet das? Präfiguration bedeutet, wir verhalten, organisieren und formen unsere Beziehungen zu einander genauso wie wir uns eine zukünftige Gesellschaft wünschen. Wenn wir also in anderen Bereichen des Lebens auch aktiv werden, und zwar in den Bereichen, die uns in unserer Hand ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, ist das eine gute Möglichkeit uns einzubringen. Dazu gehören zum Beispiel die Nahrungsmittel-Versorgung, Nachbarschaftshilfen, und so weiter. Das Ziel wäre also, die Kontrolle über unser Leben zurück zu gewinnen. Diese Aktionsform bringt also zwei Vorteile mit sich: Wir machen uns nach und nach unabhängiger von kapitalistischen System und bringen anderen „normalen" Menschen unsere Art des Zusammenlebens näher – und die ist ansteckend.

Können wir alle Menschen zu Expert*innen für gesellschaftlichen Wandel machen? ■

graswurzel revolution

Seit 1972 erscheint die graswurzelrevolution und kommentiert die aktuelle Politik und Kultur aus gewaltfrei-anarchistischer Sicht. Sie berichtet über
- direkte gewaltfreie Aktionen
- internationale gewaltfreie und anarchistische Bewegungen
- Theoretiker*innen des Anarchismus und der Gewaltfreiheit
- Befreiung im Alltag

Jahresabo / Geschenkabo: 38€ (10 Ausgaben)
Schnupperabo: 5 € (8 € Ausland, 3 Ausg., bitte Vorkasse)
Auslandsabo: 48 € / Förderabo: 60 €
Bequem bestellen auf graswurzel.net
Abos verlängern sich automatisch. Sie können jederzeit gekündigt werden. Geschenkabos verlängern sich nicht automatisch. Ein Schnupperabo verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich.

Anzeige

Rezension: Corona und die Demokratie

★ *Von: Maurice Schuhmann*
Diese Rezension wurde uns am 18.06.2020 zugesandt

Im Dezember 2019 begannen in Deutschland die Medien über eine neue, sich schnell verbreitende Krankheit, die in China ihren Ursprung hatte, zu berichten – Corona. Auf das anfängliche Abtun als eine „normale Grippe“ folgte die Assoziation mit der „spanischen Grippe“, einer der größten Pandemien des 20. Jahrhunderts – mit den entsprechenden Ängsten verknüpft. Die Corona-Pandemie sorgt(e) für den größten Stillstand in Deutschland seit dem Ende des II. Weltkrieges. In einem bis dato nicht gekannten Ausmaß wurden demokratische Grundrechte – ohne großen Widerstand – zu Gunsten des Infektionsschutzes eingeschränkt – Lockdown, Schulschließungen, Einschränkung des Versammlungsrechts und Maskenpflicht. Clemens Heni schreibt polemisch: „Als ‚Experten‘ geadelte ‚Virologen‘ leisten sich derzeit täglich Übersprungshandlungen und schüren eine Panik, die weit über die fanatische Hetze gegen Sympathisant*innen der RAF im Herbst 1977 hinausgehen.“ (77).

Parlamentarisch kam nur wenig Protest bzw. war dieser relativ leise. Die FDP kramte in der geistesgeschichtlichen Mottenkiste und bemühte Karl Popper („Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“) und auch die linken Parteien kläfften etwas, aber im großen und ganzen gab es parlamentarisch – bis auf den rechten Rand – eine gewisse Einheit. Auch die außerparlamentarische Linke verfiel (anfangs) in eine Schockstarre. Gegen jene Schockstarre anzuschreiben benennen die Autoren als Beweggründe, diese Streitschrift zu verfassen: „Wir Autoren haben diese Schriften nicht zuletzt zusammengetragen aus dem Impuls der Empörung und der Wut über das, was sich in den letzten Wochen abspielte, in der Welt, in Deutschland, nicht zuletzt aber in der Linken. Herz und Verstand betrachten wir immer als Dinge, die zusammengehören. Nun ist das Herz noch übrig geblieben, das schier überquillt vor Sorge, vor Mitleid. Mitfühlen mit den Risikiogruppen, die dabei gar nicht nach ihrer Meinung gefragt werden. Risikogruppen sind die neuen Kolonialisierten. [sic!] Der Verstand ist dabei auf der Strecke geblieben.“ (15).

In mehreren aufeinander aufbauenden Kapiteln, die jeweils von einem aus ihrer Runde verfasst wurden, werden unterschiedliche Facetten beleuchtet. Dabei fällt auf, dass der letzte Teil – eine Sammlung von Blog- und Zeitungsbeiträgen von Peter Nowak – aus der Rolle tanzt. Dieser Teil wirkt wie ein Anhang zum restlichen Text. Gemeinsam ist ihnen, was Gerald Grünklee eingangs schreibt: „Mir machen andere Dinge mehr Sorgen als das Virus selbst.“ (20). So thematisiert er eine Reihe von Folgen der Eindämmungspolitik von Corona und stellt wichtige Fragen: „Was genau ist es denn, was die Menschen nun dermaßen vor dem Coronavirus ängstigt? Warum wird jetzt staatlicherseits und auch individuell reagiert, wie reagiert wird? Weil die Bedrohung neuartig ist? Weil wir gegen alles andere schon abgestumpft sind?“ (22f.). Mehrere darin geäußerte Annahmen und Argumente können mittlerweile – vor dem aktuellen Forschungsstand – als

widerlegt gelten. So schreibt z.B. Grünklee: „Sie [die Studie von 2012 bezüglich einer Pandemie] beinhaltet eine Risikoanalyse zum Bevölkerungsschutz. Darin wird exakt das Szenario von Corona beschrieben." (18). Die hier benannte Studie existiert zwar, geht aber von einer völlig anderen Sterblichkeits- und Übertragungsrate aus. Inwiefern einzelne Argumentationslinien unter Berücksichtigung der neuen Fakten bzw. das derzeit als gesichert-geltende Wissen partiell in sich zusammenbrechen, möchte ich hier nicht beurteilen.

Die hier angeführte Studie geistert bis heute als Argumentationsgrundlage in den Kreisen der Verschwörungstheoretiker umher, von denen sich die drei Autoren mehrfach klar und sehr deutlich abgrenzen. Ähnlich verhält es sich in Bezug auf die Spekulationen über den Einfluss von Bill Gates auf die WHO dank seiner Spenden. Auch hier bewegt man sich gefährlich nahe an Verschwörungstheorien und übersieht die längst publizierten und seriösen Analysen über den Anteil der Spendengelder auf die WHO, die nüchterner ausfallen, als es auf den ersten Blick scheint. Auch fällt eine sehr vereinfachte, pauschalierende und populistisch anmutende Medienschelte auf. Clemens Heni schreibt u.a.: „Auch viele ‚Linke' wie Autorinnen der linken Version der Jungen Freiheit (Jungle World) outen sich jetzt als Deutsche..." (95f.). Hier würde man sich – gerade vor dem Hintergrund der Biographien der Autoren – eine differenziertere Blickweise wünschen.

Ein Fakt ist, dass im ersten Teil von Gerald Grünklee bei der Aufzählung von „Opfern" des Lockdowns sehr gut in die Wunde gegroffen wird. Hier zeigt sich, inwiefern eine Abwägung des Schutzes von unterschiedlichen Gruppen stiefmütterlich behandelt wurde. Naturwissenschaftlich – konkret virologische Erkenntnisse – wurden absolut gesetzt und als Legitimation und Maßstab für den Bevölkerungsschutz genommen, während sozialpsychologische und soziologische Erkenntnisse wie der Zusammenhang von Isolation und vermehrter Gewalt gegen Frauen und Kinder ignoriert bzw. zu spät in die Überlegungen eingezogen. Dies wird auch von Grünklee auf den Punkt gebracht: „Die einzige Wissenschaft, die zählt, das einzige Welterklärungsmodell [Gesundheitspolitik], das zählt. Jurist_innen, Pädagog_innen, Soziolog_innen, Philosoph_innen, Biolog_innen (außer solchen, die sich mit Viren beschäftigen): obsolet.)" (56).

Die partielle Fokussierung auf die These „Das Coronavirus erzählt von der Verletzlichkeit des Menschen unter dem Kapitalismus, von seiner Abhängigkeit von einem barbarischen, ausbeuterischen Wirtschaftssystem, das alle Bereiche des Lebens durchzieht – so auch das Gesundheitswesens und die sozialen Beziehungen des Menschen" (25) halte ich hingegen für schwach. Hier fehlt mir ein nachvollziehbarer Argumentationsstrang – auch wenn fraglos die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens eine Perversion darstellt.

Ein anderer Aspekt ist die Furcht vor dem Erstarken eines „autoritären Staates". So zitiert Grünklee seinen Co-Autoren Clemens Heni mit den Worten: „Angst zu schüren, um das als Legitimation des Abbaus von Menschen- und Freiheitsrechten zu benutzen, war schon immer ein Hauptingredienz von Faschismus" (37). Die Antwort der Autoren darauf ist aber nicht das Pochen auf das Grundgesetz bzw. dessen Einhaltung, d.h. sie brechen damit erfrischend aus dem systemimmanenten Protest aus und wehren sich gegen die rechten Vereinnahmungsversuche von Protesten gegen die Corona-Beschränkungen.

„Die Eule der Minerva beginnt erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug" heißt es in Hegels Rechtsphilosophie. Hegel wollte damit ausdrücken, dass sich Erkenntnisse erst mit Verzögerung in Wissen niederschlagen. Die Stellungnahme der drei Autoren beruht z.T. auf tagesaktuellen Ereignissen und dem damaligen Wissen, was teilweise als überholt zu gelten hat – z.B. die von Grünklee als fehlend beklagten öffentlich wahrgenommenen Wissenschaftsdebatten (vgl. S. 21). Manche geäußerte Befürchtungen dürften mittlerweile ausgeräumt sein und neue Aspekte, die einer kritischen Beleuchtung harren, kamen stattdessen hinzu. So geht es längst nicht mehr nur um Risikogruppen, sondern auch um die „Normalbevölkerung", die an gesundheitlichen

Langzeitfolgen von dieser Erkrankung zu leiden droht, und auch Kinder und Jugendliche erlagen auf Corona zurückführbaren Symptomen. Kommentierung seitens der linken und linksradikalen Szene wie z.B. der viral gelaufenen Erklärung des Crimethink-Kollektivs finden (leider) auch keine Berücksichtigung in der Analyse. Manche Formulierung stößt mir bitter auf – sei es, wenn die Autoren von Risikogruppen als „Kolonialisierten“ (15) oder vom „Gesundheitsfaschismus“ (125) schreiben.

Dennoch ist dieser Band ein wichtiger Beitrag zur linken Debatte um den adäquaten Umgang mit einem, durch eine die Bekämpfung einer Pandemie gerechtfertigten (zeitweiligen?) Abbau von Grundrechten. Man sollte es als Zeitdokument und Mahnruf rezipieren – weniger als endgültige Analyse. Die geäußerte Kritik enthält einige, sehr wichtige Facetten, die zum (Nach- und Weiter-)Denken anregen. Darin liegt eine Stärke des Bandes – trotz aller oben genannten Kritik.

⋆⋆⋆

Gerald Grüneklee/Clemens Heni/Peter Nowak: Corona und die Demokratie. Eine linke Kritik. Mit einem Geleitwort von Rebecca Niazi-Shahabi, Edition Critic Berlin Mai 2020, 190 Seiten, Preis: 14 Euro, ISBN: 9783946193333. ■

gemeinschaft in zeiten von corona

★ *Von: Ralf Burnicki*
Dieses Gedicht wurde uns am 28.04.2020 zugesandt

zur einnahme virtuell geborener distanzen braucht es einen
noch zu schaffenden chatroom im hirn, in dem das fehlen von
kussoberflächen oder ähnlichem gelingt, lizenzen für schnell
bewegliche zärtlichkeiten durch einbettung eines icons sind ab
sofort zu erwerben, wirksame abstandhalter, damit nicht das
ganze bild verschmiert, die digitalen optimaten fördern die
repräsentation von beziehungen im format 16:9, doch der
bildschirm bleibt nach einer kurzen und minimalen verwacklung

einfach
stehen
stehen
stehstehstehstehsssss

⋆⋆⋆

Hinweis: *Der Autor erklärt sich in jeder Hinsicht unsolidarisch mit Verschwörungstheoretiker*innen (die die Vernunft auf den Kopf stellen), rechtsextremen Demonstrant*innen (die das Wörtchen „Freiheit“ im Munde umdrehen) wie auf der anderen Seite mit Befürworter*innen eines „starken Staates“, die mit Corona ihr Herrschaftssüppchen kochen wollen.*

~~Pandemie~~ – eine utopische Geschichte aus der Zukunft

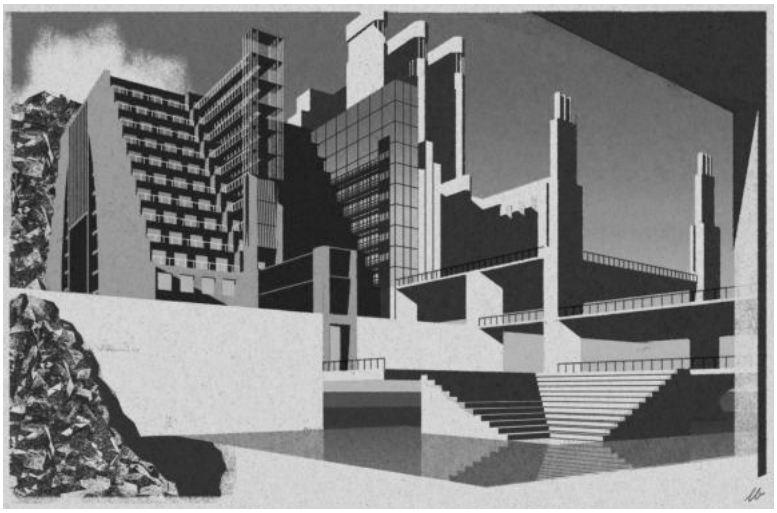
Wir schreiben das Jahr 2079. Es hat seit der Corona-Pandemie, die ab 2019 mehrere Jahre auf der Erde gewütet hatte, keinen vergleichbaren globalen Virenausbruch mehr gegeben. Klar, es gab 2037 die SARS-CoV-3-Epidemien. Die beschränkten sich aber auf einzelne Länder und Regionen und liefen sehr glimpflich ab, da wir aus der Pandemie von 2019 gelernt hatten: Nicht nur, dass die weltweite Gesundheitsversorgung auf viel breiteren Fundamenten aufgestellt war und den Menschen gehörte, nein, ab 2022 hatten sich auf der ganzen Erde tiefgreifende Umbrüche und Transformationen ihre Wege gebahnt.

★ *Von: nigra*
Dieser Text wurde Ende April 2020 verfasst

Die Erfahrungen mit SARS-CoV-2 und die Erkenntnis, dass – wenn wir nichts unternehmen – die Klimakatastrophe der menschlichen Zivilisation ein Ende bereiten würde, führten zu ungeahnten Synergieeffekten und in immer mehr Ländern zu mal langsameren, mal sehr schnellen friedlichen und gewalttätigen Veränderungen der Wirtschaftsweise und der Art, wie wir als Gesellschaft Entscheidungen treffen. Heute leben wir weltweit in einer sehr freien Gesellschaft. Die Produktion von Gütern und Energie und die Angebote von Dienstleistungen orientieren sich an den Bedürfnissen der Menschen und ordnen sich ökologischen und sozialen Belangen unter. Wir konnten alle gemeinsam die schlimmsten Auswirkungen der Klimakrise abwenden. Niemand benutzt in diesen Tagen das Wort „Anarchie“. Aber ich als alter Knacker von 91 Jahren tue das mit großer Befriedigung. Schließlich hatte ich so lange ich denken kann genau dafür gekämpft: Für die weltweite Anarchie. Es gibt keine Regierungen mehr, weder demokratische, sozialistische, faschistische, oligarchische oder was auch immer für seltsame Formen es damals gegeben hatte. Die Menschen haben viele neue hierarchiefreie Formen der Selbstorganisierung entwickelt oder sich auf alte besonnen. Lokal kommt es immer wieder vor, dass Gemeinschaften zurückfallen in barbarische Zeiten und einzelne Menschen oder Gruppen es schaffen, so viel Macht zu erlangen, dass wir von einer Regierung sprechen könnten. Wenn denn die Regierten dort bleiben würden. Sie gehen einfach weg und schließen sich den Nachbar-Communen an. Der*die neue König*in sieht dann ganz schön alt aus. Meistens taucht er*sie dann früher oder später ebenfalls bei den Nachbar*innen auf, zerknirscht und reumütig. Aber solche Fälle werden immer seltener. Der letzte, von dem ich hörte, trug sich 2071 irgendwo im ehemaligen Bayern zu. Wenn ich meinen jüngeren Commune-Genoss*innen Anekdoten aus meiner Jugend erzähle, halten sie diese oft für Märchen oder Übertreibungen eines Alten: Motoren, die schädliche Abgase absondern? Tiere ausbeuten und essen? Kohle verbrennen, um Strom herzustellen? Jeden Tag acht Stunden oder mehr für einen anderen Menschen arbeiten, damit ich nicht verhungern muss? Grenzen, die uns daran hinderten, uns frei zu bewegen? Heute alles im wahrsten Sinne des Wortes undenkbar. Die Transformation ging rasend schnell und verdrängte sehr gründlich das Alte.

Aber zurück zu den Viren oder besser gesagt zu dem neuen Virus, der uns ganz schön zu schaffen machte. Das Forscher*innen-Team, das ihn 2074 zuerst in die Finger bekam und untersuchen konnte, gab ihm den schönen Namen "SARS-BolTru-1". Also immer noch ein SARS-Virus, der eine schwere Lungenkrankheit auslösen konnte. "BolTru" in Erinnerung an zwei Regierungschefs, die sich in der Corona-Krise ab 2020 durch ihre besonders schwachsinnigen Entscheidungen, Empfehlungen und Behauptungen hervortaten:

Bolsonaro und Trump. Jair Bolsonaro, ein evangelikaler Faschist (beide Begriffe werden euch gerne auf der guten alten Wikipedia erklärt), war Präsident vom damaligen Brasilien und weigerte sich, die Gefährlichkeit von SARS-CoV-2 anzuerkennen, selbst dann noch, als die Menschen zu tausenden wie die Fliegen starben. 2021 wurde er bei der Erstürmung des Regierungsgebäudes, in dem er sich in einer Besenkammer versteckte, von aufgebrachten Angehörigen der Opfer gelyncht. Später kam heraus, dass er zu diesem Zeitpunkt schon selbst schwer an CoVid-19 erkrankt war. Sein Gott hat ihm nicht geholfen. Donald Trump war Präsident der ehemaligen USA und ein narzisstischer White Supremacist. Diese Irren waren doch tatsächlich der Überzeugung, dass Menschen mit hellerer Hautfarbe („weiß“) Menschen



mit dunklerer Hautfarbe („schwarz“, „gelb“, „braun“,...) in allen Belangen überlegen seien. Sie unterteilten die Menschen in sogenannte „Rassen“, obwohl schon damals klar war, dass das rein biologisch gesehen totaler Blödsinn war und es keine Menschenrassen gibt. Aber das war ihnen egal. Fakten spielten für solche Menschen noch nie eine Rolle. Sie wollten in Hierarchien denken und leben. Sie brauchten Menschen, denen sie weniger Wert zuschreiben konnten, um sich selbst zu erhöhen. Naja, auf jeden Fall war Trump mit Schuld daran, dass in den USA hunderttausende von Menschen sterben mussten, weil er sich weigerte, geeignete Maßnahmen in die Wege zu leiten und total bescheuerte Heilungsmethoden vorschlug. Er selbst starb viele Jahre später in einem Commune-Pflegeheim, wo er von Menschen mit allen Hautfarben bis zu seinem altersbedingten Tod würdevoll versorgt wurde.

BolTru war ganz schön heimtückisch. Er hatte eine Inkubationszeit von drei Wochen, während der Wirt schon hochansteckend war. Patientin Null war eine Ärztin, die mit einer Gruppe Lern-Kollektivistas im Dschungel vom ehemaligen Königreich (noch so ein Märchen...) Kambodscha unbekannte Heilpflanzen suchte. Sie wurde im Schlaf unbemerkt von einem infizierten Flughund gebissen und steckte sich so an. Bis bei ihr die ersten Symptome auftraten, hatte sie schon viele Menschen angesteckt. Auch wenn wir nicht mehr so viel und schnell reisen und so viele Güter um die Welt schicken wie vor 60 Jahren, hatte der Virus Zeit, sich über Tröpcheninfektion ganz schön weit auszubreiten. Die Lern-Kollektivistas kamen von drei Kontinenten. Viele von ihnen reisten zur Feier des Freiheitstages mit dem Solargleiter oder dem Continental-Speeder nach Hause, wo sie den Virus dann unwissentlich weitergaben. Bis hierher ähneln sich die Ausbreitungsszenarien. Ab hier ist vieles anders. Das Forscher*innen-Team in Mumbai, das BolTru entdeckte, veröffentlichte seine Ergebnisse sofort im Sci-Net und informierte alle Communen, Föderationen und kontinentalen Ratschaften. Keine Funktionär*innen oder Bürokrat*innen konnten dazwischengrätschen, um sie mundtot zu machen, weil sie Repression oder einen „Imageschaden“ für sich und ihre Regierung befürchteten. Keine finanziellen Interessen spielten an irgendeiner Stelle eine Rolle: Es gibt schon seit 2054 kein Geld mehr, geschweige denn wirtschaften wir profitorientiert. Der Kapitalismus hatte sich nach und nach selbst überwunden mit großer Hilfe von millionen Projekten auf der ganzen Welt, die ihn in immer mehr Nischen ersetzten, bis ein Kipppunkt erreicht war und er 2048 zusammenbrach, ohne alles mit in die Tiefe zu reißen. Es gab überall ausgefeilte Pläne für den Fall einer Pandemie und zu ihrer Eindämmung. Sie unterschieden sich lokal und regional zwar in Punkten, hatten aber eins gemeinsam: Sie beruhten auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, Erfahrungen aus der Vergangenheit und Vernunft. In allen Commune-Gesundheitshäu-

sern lagerten Vorräte an Infektionsschutzausrüstung. Für jede Fachperson gab es drei wiederverwendbare Komplettausrüstungen. Es gab genug Desinfektionsmittel und genug Intensivbetten mit genügend Beatmungsgeräten. Die schnell erarbeiteten BolTru-Tests wurden in ausreichender Zahl hergestellt und verteilt. So konnte flächendeckend getestet und erkrankte Menschen isoliert und versorgt werden. Über das Federations-Net – das ehemalige Internet – wurden die Ratschläge zur Bekämpfung des Virus verteilt, in den Commune-Plena und Quartiers-Treffen besprochen und ihre Umsetzung geplant. Es brach keine Panik aus. Klopapier wurde nicht gehortet (was wahrscheinlich daran lag, dass es keines mehr gibt: Die Tatsache, dass sich unsere Vorfahr*innen den Arsch mit trockenem Papier – oft aus toten Bäumen hergestellt – abgewischt haben, ist heute eines dieser Märchen, die ich zum Besten gebe...). Lebensmittel wurden nicht tonnenweise auf Vorrat gekauft (was wahrscheinlich daran lag, dass es nichts zu „kaufen" gibt: In den Distributionshäusern nimmt sich jede*r das, was er*sie braucht oder will). Verschwörungstheorien waren sowieso unbekannt, da die Gesellschaften transparent, von unten und von uns selbst organisiert sind. Die Menschen agierten in den allermeisten Fällen rational und gelassen. Es kam kaum zu Konflikten, auch wenn manchmal bestimmte Güter knapp wurden. Gegenseitige Hilfe und freiwillige Kooperation waren so in Fleisch und Blut der Menschen übergegangen, gehörten so zum Alltag unserer Leben, dass „Hamstern", „Betrug", „Stehlen" gar nicht mehr zum Handlungsrepertoire gehörten, ja nicht einmal mehr im Wortschatz vorkamen. Die Menschen trugen einen Mund-Nasen-Schutz, hielten Abstand zueinander, wuschen sich regelmäßig gründlich die Hände und praktizierten das Niesen und Husten in die Ellenbeuge, weil sie wussten, dass diese Verhaltensregeln Sinn machten. Da Arbeit nicht als Lohnarbeit existierte, es keine Chef*innen oder Vorgesetzten gab, konnte sie in der Krise anders und sicher für alle organisiert werden. Keine*r musste Angst davor haben, seine Wohnung zu verlieren oder zu hungern.

Es erkrankten viele und es starben einige Menschen an BolTru. Aber eine Pandemie im eigentlichen Sinne konnte verhindert werden. Der Virus wurde innerhalb von sieben Wochen nach dem ersten Auftreten eingedämmt. Über den Globus verteilt forschten unzählige Teams offen und frei an einem Gegenmittel und einem Impfstoff. Sogar auf der GSS Greta (das GSS steht für Global Space Station, die Nachfolgerin der ISS) wurde experimentiert. Nennenswerte Ergebnisse wurden dort zwar nicht erzielt, aber als Nebenprodukt entdeckten die Wissenschaftler*innen ein erstaunlich wirksames Haarwuchsmittel, das aber – wie sich später herausstellte – nur in Schwerelosigkeit wirkte. Alle Ideen, Verfahren, Ergebnisse und Erkenntnisse – auch Fehlschläge – wurden sofort im Sci-Net gepostet und in den dortigen Diskussions-Foren erörtert. Innerhalb von sechs Monaten gab es ein Gegenmittel und nach elf Monaten einen Impfstoff. Darauf gab es keine Patente, Copyrights oder andere Beschränkungen, die den Profit eines Konzernes sichern sollten, sondern die Herstellungsverfahren waren allen Menschen auf der Erde lizenzfrei zugänglich. Ganz im Sinne von Jonas Salk, dem Erfinder des Polio-Impfstoffes in den 1950er Jahren. Er erwiderte schon damals auf die Frage, wer denn das Patent besitze: „Alle Menschen. Es gibt kein Patent. Können Sie die Sonne patentieren?" Alle entsprechend ausgerüsteten Einrichtungen wie Labore und Lern-Kollektive stellten sie her und verteilten sie an die Gesundheitshäuser der Communen.

Das an meinem Lebensabend zu erleben, hat mich zutiefst beruhigt und mir gezeigt, dass unsere neuen Gesellschaften eine gute, stabile Basis haben, nämlich uns Menschen. Damals während der Corona-Pandemie fußte so ziemlich alles auf Herrschaft, Profit und Wachstum. Das war wie ein Fundament aus trockenem Sand: Bei jedem kleinen Regenguss – wir nannten es „Krise" – kam alles ins Rutschen, zerfiel und riss die Menschen mit sich in den Abgrund. Ich bin jetzt über 90 Jahre alt und sehe zuversichtlich in die Zukunft, weil ich erlebt habe, zu was wir fähig sind. Wir haben aus unseren Fehlern gelernt und werden unseren Kindern und Kindeskindern eine wieder einigermaßen bewohnbare Erde hinterlassen. Die Erde wird mir leicht sein.

Hiermit endet mein kleiner Bericht. Ich muss mich jetzt auf den Weg zum Commune-Plenum machen. Dort gibt es immer so leckere Sauerkraut-Muffins. ■

Die soziale Distanz zum Staat – für einen effektiven und emanzipatorischen Umgang mit der Pandemie

Ein Interview mit Jonathan Eibisch über das Krisenmanagement der Regierung, an die Oberfläche tretende gesellschaftliche Probleme, die Erneuerung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft und anarchistische Antwortversuche auf die Corona-Pandemie.

★ *Von: Jonathan Eibisch/Gai Dao Redaktion*
Dieses Interview wurde am 15.04.2020 geführt

Gâi Dào: ***Starten wir mir einer persönlichen Frage: Wie hast du selbst die Situation der Corona-Seuche und des verordneten Ausnahmezustandes erlebt?***
JE: Zunächst einmal war ich überfordert von der Medienberichterstattung, die nur noch das Thema der Seuche kannte. Daraufhin habe ich eher reflexartig eine kritische Haltung gegenüber der Regierungspolitik eingenommen. Dies hing für mich auch damit zusammen, dass ich einerseits vermutete, im Zuge des erklärten Ausnahmezustandes würde noch deutlich mehr umgesetzt werden, als lediglich die Seuchenbekämpfung. Das Verbot bzw. die Auflösung aller Demonstrationen, selbst wenn sie sich an den gebotenen physischen Abstand hielten, schien das für mich zu bestätigen. Andererseits wurde ich skeptisch und auch unruhig, aufgrund der Reaktionen in der Bevölkerung. Die Aufforderung zur sozialen Distanzierung machte mir persönlich zwei Wochen ziemlich zu schaffen – vor allem verbunden damit, dass ich an Leute dachte, die darunter leiden werden. Über die Hamsterkäufe usw. habe ich eher geschmunzelt. Die ganze Klopapier-Folklore sagt etwas darüber aus, wie gestresst, panisch und misstrauisch viele im Grundzustand dieser Gesellschaft sind. Die Berichterstattung und Diskussionen darüber sind selbst schon wieder lächerlich, weil die Erzählung „So dumm sind wir Deutschen“ meiner Ansicht nach auf dem gleichen Niveau ist, wie nach Mallorca zu fahren und da „die Sau raus zu lassen“ – Es bestätigt die schlechte Gesellschaftsform in ihrer aktuellen Verfasstheit.

Das Lachen vergeht mir allerdings, wenn ich mir vorstelle, wie Rechtsextreme aller Couleur im Ausnahmezustand ihre Chance auf Terror, Bürgerkrieg und Putsche sehen. Mit Verschwörungstheoretiker*innen, Reichsbürger*innen und dem anderen Gesocks in Kombination, pusht die das Krisenszenario natürlich.

Gut, aber was denkst du über die Verhaltensweisen und Diskussionen in deinem eigenen Umfeld?
Viele Reaktionen von Leuten aus der sogenannten linken Szene konnte ich nicht nachvollziehen, vor allem, was die unreflektierte Übernahme der regierungsmäßigen Darstellung der Pandemie angeht. Das geschah in einer Situation, die schlichtweg unüberschaubar war und zu der es unterschiedliche Meinungen gibt. Viele Linke reagierten sehr ängstlich und schmetterten kritische Perspektiven ab. Es gab auch einen ungeheuren Moralismus, den ich sehr problematisch finde. Ebenso halte ich es für einen kurzsichtigen Irrglauben, „wir“ müssten jetzt „erst mal“ die Seuche „bekämpfen“, bevor irgendwas anderes gemacht werden könnte. Und die Debatte um das Tragen von Mundschutz war meiner Ansicht nach sehr aufgeladen. Mag sein, dass Mundschutze zu einer gewissen Eindämmung beitragen. Trotzdem werden sie teilweise wie ein Fetischobjekt behandelt.
Ich bin bestürzt darüber, wie viele Leute, wenn sie Angst haben, bereit zu sein scheinen, fundamentale soziale und politische Errungenschaften über den Haufen zu werfen. Stattdessen werden Online-Demos und Videokonferenzen gefeiert, als wäre das der neue Shit, den wir jetzt alle machen müssen. Es ist meiner Ansicht nach essenziell für anarchistische Projekte, dass wir uns physisch versammeln und uns nahe sein können. Hierbei geht um den Grad der Verbundenheit und Vertrautheit, den wir herstellen können. Es waren einige gute, „illegale“ Spontis in

verschiedenen Städten, die hierbei wichtig waren.
Die Initiativen für Nachbarschaftshilfe finde ich richtig. Hier gilt es allerdings, den von der Regierungspolitik massiv instrumentalisierten Solidaritätsbegriff wieder zurück zu erobern. Dies bedeutet, ihn neu zu besetzen und konkret werden zu lassen, sonst ist er nur eine hohle Phrase.

Was meinst du: Waren die staatlichen Vorkehrungen und Reaktionen zur Eindämmung der Pandemie und Verringerung der Todesfälle unvermeidlich?
Grundsätzlich halte ich es nicht für die Aufgabe von Anarchist*innen, Regierungen zu beraten. In diesem Zusammenhang täte es uns gut, uns weniger von der diffusen linken Szene mitreißen zu lassen, sondern eigene Perspektiven zu stärken. Deswegen zielt meine Kritik am Regierungshandeln nicht darauf ab, Empfehlungen abzugeben oder irgendwelche „Forderungen“ in den Raum zu sprechen. Wir sollten direkte Aktionen praktizieren, anstatt an andere Instanzen zu appellieren. Forderungen aufzustellen ist auch deswegen oft wenig zielführend, weil in der „Szene“ meistens überhaupt nicht klar wird, welches Subjekt fordert, ebenso wenig, an wen sich die Forderungen richten sollen, noch, wer ihnen Nachdruck verleihen kann. Gleichzeitig sollten wir davon ausgehen, dass es einige Leute interessiert, wenn wir klare Aussagen treffen und Perspektiven aufzeigen. Wir können Menschen motivieren, sich selbst Meinungen zu bilden, eine kritische Haltung zu entwickeln, emanzipatorische Werte anzunehmen, selbstbestimmt zu handeln und vor allem: sich zu organisieren. Im selben Zuge müssen wir gegen Verschwörungsgeschwurbel und rechte Agitation vorgehen. Das kann ja beispielsweise durchaus bei der Nachbarschaftshilfe und am Arbeitsplatz geschehen.

Insofern kann ich die Frage nicht beantworten. Viele Maßnahmen der Regierung schienen zum Schutz der Bevölkerung „notwendig“ zu sein. Was zählt, ist dabei vor allem der Erhalt der Volkswirtschaft. Damit verbunden geht es um den Ausbau staatlicher Legitimität und Souveränität. Für beides braucht es die Duldung, aber auch die aktive Mitwirkung der Bevölkerung. Deswegen wird diese angesprochen, mobilisiert, sanktioniert und konditioniert. Das geht beispielsweise aus dem Strategiepapier des Innenministeriums ganz klar hervor[1].

Okay, du meinst also, die Frage nach der Bewertung des Sinns und der Wirkungsweise des Regierungshandelns stellt sich für dich nicht?
Wir sollten nach Auswegen aus Staat, Kapitalismus, Patriarchat und Naturbeherrschung suchen. Dazu gilt es solidarische, freiheitliche, egalitäre und ökologische Alternativen aufzuzeigen. Diese hängen wiederum mit der Formulierung von Kritik des konkreten Wirkens der Akteur*innen in den Herrschaftsverhältnissen und -institutionen zusammen. Ein Ansatzpunkt dafür ist das Aufzeigen der Widersprüche im Regierungshandeln. Beispielsweise wird der internationale Zusammenhalt beschworen und trotzdem klauen sich die Staaten wichtige Gesundheitsgüter unterm Hintern weg. Der deutsche Staat hat seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 enorm gehamstert und das Kapital fehlt in Griechenland, Italien, bei den prekären Lohnabhängigen hier und wurde auch nicht zum Erhalt der Infrastruktur (Bahn, Schulen, Krankenhäuser etc.), geschweige denn entschieden für einen sozial-ökologischen Umbau genutzt. In der aktuellen Situation wird eine umfassende Umverteilung vorgenommen, sodass deutlich wird: Die Kohle ist ja eigentlich da. Die humanistischen Äußerungen deutscher Staatsvertreter*innen begreife ich vor allem als ideologische Verschleierung der globalen Dominanz der BRD in der EU und natürlich auch auf dem Weltmarkt.

Deswegen finde ich es schwierig, wenn das Problem vor allem individualisiert wird, indem Leute „soziale

Distanz“ halten sollen. Ich lehne die Form der Durchsetzung der Ausgangsbeschränkungen ab, weil dies erfahrungsgemäß immer zu einem Abbau erkämpfter sozialer und politischer Rechte und Freiheiten führt. Und ich bin auch dagegen, vor allem technische Lösungen anzupreisen, wie beispielsweise das zunächst freiwillig eingeführte „tracing“ der Smartphones[2]. Die Entwicklung des Impfstoffs finde ich richtig. Aber ich will ihn nicht als „Lösung“ dafür ansehen, dass wir so weiter machen wie vorher. Dass Leute dafür weiter ausblenden können, dass sie alle im positiven Sinne voneinander abhängig und aufeinander angewiesen sind, um gesund und abgesichert zu sein[3]. Schließlich finde ich den Verweis auf den Schutz der Menschen in einer Risikogruppe problematisch. Wer von einer Krankheit besonders gefährdet ist, sollte davor geschützt werden und dafür sind wir alle verantwortlich. Wenn das so ist, warum gieren viele dann trotzdem nach Verboten und klaren Regelungen, die ihnen vorschreiben, wie sie sich „richtig“ verhalten sollen, anstatt selbst Verantwortung zu übernehmen? In der Logik des Staates sind die zu schützenden Menschen ja nichts weiter als statistische Zahlen. Das heißt, die Krisenbearbeitung wäre selbstverständlich ganz anders möglich gewesen. Das ist in meinen Augen aber keine Frage „besserer“ (Deutschland und Südkorea) oder „schlechterer“ (Brasilien, USA) Regierungspolitik, sondern eine der Klassenmacht, der politischen Kräfteverhältnisse, des kollektiven Bewusstseins, der Organisations- und Aktionsfähigkeit von emanzipatorischen sozialen Bewegungen.

Aber wenn es nicht allein um den Schutz von Menschen gibt, die potenziell besonders von Covid betroffen sind, an welche denkst du denn sonst?

Es ist immer schlimm, wenn Menschen an Krankheiten sterben, noch dazu, wenn das in so kurzer Zeit und qualvoll geschieht. Dass ein neuartiges Virus aufkommt, war aber nur eine Frage der Zeit und dieses ist nicht daran „Schuld“. Denn die Pandemie ist kein Schicksalsschlag, sondern in ihren gesellschaftlichen und gesundheitlichen Auswirkungen ein Produkt unserer heutigen Gesellschaftsform. (Dahingehend stimmt der Vergleich mit dem Krieg.) Ebenso wenig ist eine „schwache“ Regierung oder ein „schwacher“ Staat daran Schuld, dass Menschen an Krankheiten sterben – zumindest nicht, wenn ich dies im Verhältnis zur Herrschaftsordnung setze, die sie aufrecht erhalten. Deswegen ist es wichtig, genau hin zu schauen, wer unter den durchgesetzten Maßnahmen besonders leidet. Das sind die Menschen mit psychischen und sozialen Schwierigkeiten, die Geflüchteten in den Lagern in Europa und an seinen Grenzen, all jene, die an Einsamkeit leiden (wie insbesondere viele alte Menschen), die prekär Beschäftigten (vor allem Selbständige), alle Armen, in bedrängten Wohnverhältnissen und alle, die sich patriarchaler Gewalt ausgesetzt sehen. Schließlich auch alle, die ohnehin schon diskriminiert werden. Dahingehend gab es einige gute Initiativen aus der Bewegungslinken wie #leavenoonebehind, die freilich über humanistische Bekenntnisse hinausgehen müssen, um wirksam zu sein. Eine coole Aktion machte zum Beispiel auch der Zusammenhang von #besetzen aus Berlin[4]. Die Pandemie und der verordnete Ausnahmezustand bringen alle sozialen Probleme, die diese Gesellschaftsform normalerweise mit sich bringt, an die Oberfläche. Aus diesem Grund bedient sich die Regierung des Narrativs „Wir sitzen alle im selben Boot“, um die gesellschaftlichen Spaltungen zu übertünchen, beispielsweise Klassenfragen unter den Teppich zu kehren und ihre Politisierung zu verhindern.

Du hast ja schon viel vom Regierungshandeln und dem Staat gesprochen. Warum ist dir dies in diesem Zusammenhang so wichtig?

Im letzten Satz des Strategiepapiers des Innenministeriums heißt es: „Nur mit gesellschaftlichem Zusammenhalt und gemeinsam distanziert voneinander kann diese Krise nicht nur mit nicht allzu großen Schaden überstanden werden, sondern auch zukunftsweisend sein für eine neue Beziehung zwischen Gesellschaft und Staat“[5]. Diese Aussage nehme ich ernst. Mit dem erklärten Ausnahmezustand geht es um die Erneuerung von staatlicher Legitimation und Souveränität. Damit sich der Staat[6] als handlungsfähiger und effektiver Krisenmanager inszenieren kann, braucht es einerseits das Horrorszenario von „Wir müssen alle sterben und ihr seid daran Schuld“ und andererseits die Demonstration der eigenen Mächtigkeit. In einer Situation der Unsicher-

heit und Ohnmacht, liegt daher die Zuflucht zum Staat für viele Menschen nahe und so binden sie sich an die Instanz, welche Ordnung, Schutz und Heilung verspricht. So wie die meisten Menschen nicht über die Produktionsmittel verfügen, wurde ihnen auch ihre Autonomie genommen. Damit meine ich nicht hauptsächlich die individuelle Selbstbestimmung, sondern alle Formen kollektiver und horizontaler Organisation ihrer Leben, sei es im Stadtviertel, am Arbeitsplatz, anhand gemeinsamer Betroffenheiten oder in sonstigen Vereinigungen die auf geteilten Interessen basieren.

Der moderne Staat sondert sich von der Gesellschaft ab, denn nur dann kann er regulierend in diese eingreifen – von der Volkswirtschaft, bis in das soziale Leben und sogar auf der emotionalen Ebene der Einzelnen. Um mit dieser und anderen Krisen effektiv und emanzipatorisch umgehen zu können, ist deswegen eine soziale Distanz zum Staat einzunehmen. Wir können verdeutlichen, welche lebenswerten alternativen Formen gesellschaftlicher Organisation es gibt. Der Staat erhält die Herrschaftsverhältnisse aufrecht, wozu er sich selbst auch transformieren muss. Das ist ganz klar bei der Klassenspaltung zu sehen, aber ebenso in Hinblick auf die Naturbeherrschung. Genau dies geschieht im verordneten Ausnahmezustand. Aus diesem Grund bin ich nicht so naiv, anzunehmen, dass die Maßnahmen und Instrumente insgesamt zurückgenommen werden. Umgekehrt würde ich sagen, alles wird ins geltende Recht übernommen, wogegen Leute nicht aktiv protestieren und nach Autonomie strebende Alternativen aufbauen.

Schwerer zu greifen, aber prinzipiell ähnlich, ist dies auch auf der Ebene des Bewusstseins und Empfindens. Wenn wir dazu anregen, dass sich Menschen gemeinsam damit auseinandersetzen, was Gesundheit, Krankheit, Leben und Tod für sie bedeuten und welche Ängste und Wünsche damit verbunden sind, gewinnen wir weit mehr, als vermeintlich „richtige" politisch korrekte Verhaltensweisen zu propagieren. Die Gesundheit, der Wohlstand für alle, Care und Care-Arbeit stehen nicht im Zentrum der staatlich-kapitalistischen Gesellschaftsform. Wir sollten uns nicht einbilden, die besseren Krisenmanager*innen zu sein. Dann können wir auch in die Linkspartei gehen. Dennoch gibt es eine sehr wichtige Frage, vor der sich Anarchist*innen in diesem Zusammenhang immer wieder drücken: Welche gesellschaftlichen Institutionen könnten außer dem Staat mit einer derartigen Pandemie umgehen?[7] Damit Gesundheit für alle gewährleistet wird, gilt es meiner Ansicht nach soziale Kämpfe zu stärken. Die Versammlungsfreiheit, die Beschränkung der Polizeimacht und eine kritisch-emanzipatorische Grundhaltung sind dafür wesentliche Voraussetzungen. Darin liegt auch das Potenzial für die Überwindung der bestehenden Herrschaftsordnung und der Erneuerung der Gesellschaft – gegen den Staat.

Okay. Jetzt hast du eine ganze Menge erzählt und viele weitere Fragen sind offen geblieben. Trotzdem müssen wir aus Gründen von Zeit bzw. Platz das Interview an dieser Stelle beenden. Deswegen danke für das Teilen deiner Gedanken. Bleib solidarisch und gesund! ■

Endnoten:

[1] Strategiepapier des Innenministeriums *Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen*, verfügbar unter: https://fragdenstaat.de/blog/2020/04/01/strategiepapier-des-innenministeriums-corona-szenarien.

[2] Siehe u.a. „Die ‚freiwillige' Corona-App"; verfügbar auf: https://capulcu.blackblogs.org/wp-content/uploads/sites/54/2020/04/Corona-App-final.pdf.

[3] Vgl. u.a. „Was bedeuten soziale Freiheit und Solidarität in Zeiten des pandemischen Ausnahmezustandes"?; verfügbar unter: https://barrikade.info/article/3289.

[4] Siehe https://www.besetzen.org/besetzenlive-praktische-solidaritaet-in-zeiten-von-corona.

[5] Strategiepapier (s.o.), S. 17.

[6] Die Verwendung des Begriffs „Staat" ist in diesem Text ungenau und knüpft vor allem an den Alltagssprachgebrauch an. Aus Platzgründen kann ich hier nicht so viel dazu sagen. Wichtig ist aber v.a., dass er keine homogene Einheit darstellt, sondern sich in ihm widersprüchliche Interessen abbilden. Trotzdem verdichtet sich im Staat die politische Herrschaft als Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten. Er ist keine Verschwörung von Mächtigen, sondern ein komplexes Gebilde zur Regulierung einer antagonistischen und hierarchisch strukturierten Gesellschaft.

[7] Darüber schrieb schon Paul Goodman 1963 in einer Schrift über Dezentralisierung. Finde den sonst nicht so gut, dies aber als ideengeschichtlicher Hinweis:
Goodman, Paul: *Zentralisierung oder Dezentralisierung*, in: von Borries, Archim/Weber-Brandies, Ingeborg (Hrsg.): Anarchismus. Theorie – Kritik – Utopie, Heidelberg, 2013, S. 324.

Der Anarchismus ist ein Humanismus – Warum es jetzt auf eine ganz bestimmte radikale Entscheidung ankommt

★ *Von: Benjamin Kreuzberg*
Dieser Text wurde am 06.05.2020 verfasst

Anarchismus steht für den leidenschaftlichen Kampf für Gerechtigkeit im Sinne einer egalitären und herrschaftslosen Gesellschaft in einer freiheitlichen Welt. Er ist in diesem Sinne sowohl Produkt der Aufklärung als auch Erbe des Humanismus. Indem wir uns auf diese Herkunft des Anarchismus besinnen, können wir erkennen, dass diese Leidenschaft jedoch auf einer rationalen Überlegung, einer Wissenschaft beruht und nicht auf einem Glauben. Mögen seine Ideale auch utopisch sein, so ist seine Ethik im Grunde radikal humanistisch. Die moralische Empörung folgt einer rationalen Analyse der Ungerechtigkeit in der Welt. Den Anarchismus deshalb als eine Stimme der Vernunft zu verstehen, halte ich auch in der derzeitigen Ausnahmesituation für besonders wertvoll.

Aus diesem Verständnis heraus, kann sich eine Handlungsperspektive im Umgang mit der Krise ergeben. Gerade jetzt scheint es nämlich von entscheidender Bedeutung zu sein, diesen Ursprung und zugleich Fokus des Anarchismus nicht aus den Augen zu verlieren. Es scheint mir angesichts der pandemischen Bedrohung für alle Menschen auf eine ganz bestimmte radikale persönliche und soziale Entscheidung anzukommen, zu der auch der Anarchismus eine ganz klare Orientierung gibt. Vergegenwärtigen wir uns eine der wichtigsten Maximen des anarchistischen Sozialismus: die Realisierung der größtmöglichen individuellen Freiheit in gleichzeitig größtmöglicher sozialer Freiheit. Um diesem Ideal in unseren Handlungen so nah wie möglich zu kommen, bedarf es mehrerer Voraussetzungen bzw. Annahmen über die „Natur des Menschen" beziehungsweise dessen Rahmenbedingungen, sowohl in der persönlich-individuellen, in der sozialpolitischen als auch in der ökonomischen Sphäre. Außerdem können wir davon ausgehen, dass zumindest die persönliche und die soziale Sphäre zudem von einer psychologischen Sphäre, einem Unbewussten beeinflusst wird, welche auch als Ökonomie des Körpers oder der Psyche verstanden werden kann.

Die egalitäre Bedingung unserer Existenz

In einer Sphäre aber können wir immer noch und immer davon ausgehen, dass alle Menschen erst einmal grundsätzlich gleich ihren Grundbedingungen der menschlichen Existenz ausgeliefert sind. Zumindest diesbezüglich können wir uns als Gleiche betrachten, beziehungsweise in unserer Unterschiedlichkeit die gleichen und besonderen Rechte einfordern. Auch wenn es nur diese eine Ebene ist, die uns zu Gleichen macht, trotz der gewaltigen Unterschiede, die uns ebenso zerlegen oder in die wir unfreiwillig hineingeboren werden. Diese eine Ebene bleibt. Gleichheit in der menschlichen Existenz. Das ist die radikale humanistische Annahme. Nein, wir sind gerade auf keinen Fall alle im selben Boot, aber vielleicht schwimmen wir alle im selben stürmischen Wasser vor dessen Gefahren wir aber extrem unterschiedlich geschützt sind. Was wir also brauchen, sind weder Luxusdampfer noch Schlauchboote, sondern Fähren für alle, die gleichen Schutz für alle bieten. Wir unterscheiden uns in so vielen Ebenen - im Aussehen, in den Geschlechtern, im Alter, den Handlungsmöglichkeiten, unseren Körpern, Charakteren und v.a. in den gravierend ungerechten unterschiedlichen ökonomischen Bedingungen. Diese ökonomische Ungerechtigkeit bedroht unsere Gleichheit von jeher. Die Egalität der Menschen liegt jedoch in ihrer Natur, in dieser einen Sphäre, auch wenn deren unbestreitbare Unterschiedlichkeit in den anderen Ebenen ein Fakt ist. Der Anarchismus und seine Ideale hätten ohne dieses radikal humanistische Herzstück nicht erdacht

werden können. Die Forderungen nach Gleichheit, Freiheit, Solidarität und Herrschaftslosigkeit sind also in gewisser Hinsicht ebenso Rückbesinnungen auf eine radikale Grundbedingung, ein radikales Grundrecht.

Wider die destruktive Tendenz im Menschen

Diese Grundbedingung wurde lediglich ins Unbewusste verdrängt, beziehungsweise mutwillig verzerrt und wurde und ist immerzu bedroht. Und zwar von den Strömungen und Tendenzen im Menschen, die diese Bedingung nicht wahrhaben wollen, um sich eben zu bereichern, Gewalt auszuüben, Herrschaft zu erlangen um etwas mehr sein zu wollen als nur Menschen unter Gleichen in einer absurden Existenz, in einer diversen, widersprüchlichen, komplexen, organischen, freien Welt. Es lässt sich nämlich leider auch die Tendenz im Menschen erkennen, welche soziale Freiheit, Gleichheit und Solidarität nicht aushalten kann und will, weil sie das andere Leben für banal, dumm, krank, minderwertig hält und sich herausnimmt und behauptet über die anderen verfügen zu dürfen, sie zu benutzen und über Leben und Tod zu entscheiden. Ob nun im Namen von Darwin, im Namen der individuellen Freiheit oder im Namen von angeblich natürlicher Überlegenheit. Das Schwache soll geopfert werden, das Starke in der Welt soll notwendigerweise das Schwache zerstören. Das Schwache soll sterben. Ausbeutung wird zum Lebensprinzip verklärt. Und so versuchen sich die sogenannten „Sozialdarwinist*innen“ (die Darwin offensichtlich nicht verstanden haben) Welt, Natur, Leben und Gewalt zusammenzureimen und den Verlust in Kauf zu nehmen, geben sie die Vorstellung der freien Welt der Gleichen auf, um mit dem Tod schon im Leben einen Pakt einzugehen. Ja sogar in dessen Namen den Tod auf Erden einzuführen. Und dort liegt die Bedrohung. Hier liegt die Geburtsstätte des Faschismus, des Antihumanismus schlechthin.

Das Recht der Schwächeren ist unsere Stärke

Aber dort sagen wir Nein! Dort rebelliert das humanistische Herz. Dort wird auch der Anarchismus geboren, als Kristallisierung einer schon immer bestandenen Tendenz. Immer und immer wieder lebte und lebt er bereits in all denen, die das Leben verteidigen und die das Leben schützen, die das Schwache schützen, eben weil es Leben ist. Weil es ein Zustand des Lebens ist. Und wenn Gerechtigkeit irgendetwas bedeutet, dann dass das Recht immer auf der Seite der Schwachen steht. Weil es den Ausgleich, die Gleichheit wieder herstellen muss, den Wert der Vielfalt in der Gemeinschaft, im diversen Kollektiv anerkennt. Den Wert der individuellen Freiheit, die die der anderen nicht bedroht, die diese ergänzt und die durch die der anderen erst möglich wird, da deren Bedingung die soziale Freiheit ist. Und deshalb wollen wir füreinander da sein, uns helfen in der Not. Weil wir tief in uns wissen, nicht vergessen haben, dass wir alle fragile Menschenskinder einer gemeinsamen Mutter Erde sind, dass wir soziale Wesen sind, die aufeinander angewiesen sind. Die nur allein sein können, weil sie auch kooperieren. Die freiwillig kooperieren können, weil sie auch autonom denken. Das eine bedingt das andere. Sehen wir denn nicht gerade um so stärker und deutlicher, was wirklich wichtig und wertvoll ist im Leben? Sehen wir nicht, und vielleicht sehen es jetzt um so mehr, was für eine schreiende Ungerechtigkeit doch noch auf dieser Welt herrscht? Werden wir nun endlich lernen? Können wir nochmal davonkommen? Hoffen wir es! Machen wir es! Helfen wir uns gegenseitig, da wo und wie wir können. Was bleibt uns anderes übrig? Das Recht des Schwächeren ist unsere Stärke. Alle anders - alle gleich. Eine diverse Weltgemeinschaft.

Die Entscheidung

Die grundlegende Frage, die wir uns jetzt also alle stellen müssen, ist, auf welcher Seite wir in uns

selbst und in dieser Weltgemeinschaft stehen wollen. Auf der Seite derer, die den Tod in Kauf nehmen, die im Namen der Wirtschaft, von Gott, einer angeblichen Freiheit oder einer vermeintlichen Stärke die Betroffenen, die Schwachen, die Kranken, die Gefährdeten ausliefern wollen an den Tod, die sich nicht vorstellen können, auch nur irgendetwas vom Kuchen, von der Bequemlichkeit und ihrem Reichtum abzugeben oder auf der Seite derer, die für den Erhalt des Lebens stehen, die die Gefährdeten und Schwachen schützen wollen? Auf der Seite derer, die sich gegenseitig unterstützen, vorsichtig sind, rational sind, Ruhe bewahren und ihre Tapferkeit und ihre Liebe zum Leben, zur Erde und zum Menschen dadurch beweisen, dass sie eben versuchen zu helfen wo und wie sie können. Dadurch, dass sie solidarisch sind, da wo es angebracht ist, dass sie niemanden verlieren wollen, auf niemanden von uns verzichten wollen, da sie wissen, dass jede*r von uns zählt und weiterhin zählen wird, dass niemand zurückgelassen werden darf, (#leave-no-one-behind), dass niemand es verdient hat, von der Fähre geworfen zu werden, weil er angeblich zu krank, zu alt, zu schwach oder zu verrückt wäre.

Lassen wir das niemals zu! Werden wir nicht zu Henker*innen. Die Frage vor dieser bestimmten radikalen Entscheidung, auf die es jetzt ankommt, lautet also: Erkennen wir an, dass das Schwache, Zerbrechliche, Vulnerable in uns allen und in der Welt ist, empören uns aber gegen jede Form der Ungerechtigkeit und Ausbeutung dessen oder akzeptieren, nehmen wir die Ungerechtigkeit hin und wenden uns damit gegen das Schwache und nehmen dessen Ausbeutung in Kauf? Der Anarchismus als radikaler Humanismus, dessen Grundlage neben der Liebe zur Freiheit auch die zum Leben und zum Menschen ist – wie sollte es anders sein – kann auf diese Frage nur eine richtige Antwort geben. Entscheiden wir uns also für die Seite, die für das selbstbestimmte, unversehrte, würdevolle Leben für alle steht und schützen und verteidigen wir es vor den destruktiven, faschistoiden Tendenzen, die es bedrohen. Das Schwache ist nämlich immer zugleich auch stark. Im schwachen Zustand liegen Stärken verborgen, im starken Zustand liegen viele Schwächen. Wir sind immer sowohl als auch. Das akzeptieren zu können ist eine Stärke.

Es geht um das Überleben aller, im Überleben weniger, eigentlich nicht gerade weniger. Gehen wir keinen Pakt mit dem Tod ein. Geben wir uns eben nicht hin, wie es die Anhänger*innen des Faschismus und der Religionen immer getan haben. Lassen wir es nicht über uns ergehen. Verfallen wir nicht dem gefährlichem Mystizismus, der Gewalt und Leid im Leben als „wahre Natur“, göttliche Vorsehung oder Strafe verklärt. Schuld am Entstehen des Virus können wir niemandem in die Schuhe schieben. Alle derzeitige Schuldzuweisung scheint einen hilfreichen Umgang mit der Krise eher zu verhindern. Aber es gibt die Frage nach unserer aller Verantwortung. Erkennen wir diese an, bevor wir uns schuldig machen. Deshalb müssen wir die Gefahr jetzt ernst nehmen, sie so vernünftig und rational und kollektiv wir möglich bekämpfen. Erkennen wir die reale Bedrohung an. Wehren wir uns deshalb gegen die Aluhut-Fraktionen, verirren wir uns nicht auf dem Weg und spinnen uns nicht irgendwelche irrationalen Bedrohungen zurecht. Bilden wir bloß keine Querfront! Seien wir wachsam. Seien wir achtsam. Halten wir durch. Halten wir aus. Bewahren wir Haltung. Bewahren wir einen klaren Kopf. Machen wir Pause, die, die wir Pause machen können. Setzen wir uns dort für diejenigen ein, die unsere Hilfe jetzt dringend benötigen. Kämpfen wir jetzt, da wir selbst in Not sind. Besinnen wir uns auf das eine große Ideal des Anarchismus – das wunderschöne Leben in kollektiver und individueller Freiheit, ökonomischer und politischer Gleichheit für alle Menschen. Verteidigen wir das einzige, was wir haben, dieses eine wertvolle Leben auf dieser wunderbaren Welt in Gegenseitiger Hilfe und praktischer Solidarität auch gegen ein absurdes Virus. Und vielleicht erkennen wir währenddessen auch, dass der einzige Feind, dem wir alle gleich gegenüber stehen immer nur der Tod ist. Geben wir uns diesem nicht hin, ob es sich nun um den Faschismus, faschistoide Verschwörer*innen, den Militarismus, den Kapitalismus, das Ausbeutungsprinzip oder eine Pandemie handelt. Es gilt, Leben zu retten. Es gilt, Leben zu verteidigen. Es gilt, am Leben zu bleiben. Keine Opfer zu bringen. ■

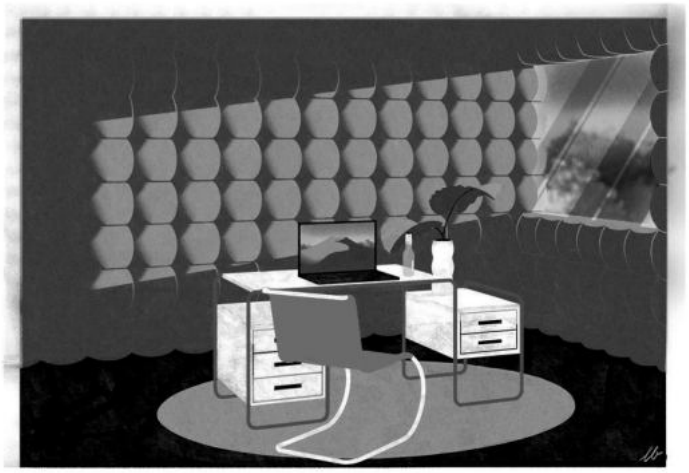
Die Realisierung der Gefängnisgesellschaft

★ *Aus:* Revolte. Anarchistische Zeitung, *Nr 49 04/2020*
Dieser Text erschien zuerst im April 2020 in der Zeitung *Revolte* (Wien)

Zur Zeit sind wir Teil eines Experimentes. Ob geplant oder nicht, ist in diesem Zusammenhang auch nicht weiter relevant. Wichtig ist, dass es gerade passiert. So hat die Macht ein Labor geschaffen, in dem mit einer eingesperrten Gesellschaft experimentiert wird. Was diese Form der Einsperrung mit uns macht, ist etwas prägendes. So wie sich der Diskurs zu Sicherheit und Terror nach dem 11. September für immer verändert hat, so wird die Pandemie ein weiteres Mal alles verändern. Unsere Denkweise, die Art wie Kriege geführt werden, die Methoden und Rechtfertigungen der Macht und Herrschaft, die Ökonomie, die technologische Kontrolle, unser soziales Leben, alles… Kein Aspekt bleibt von dieser Entwicklung unberührt.

Dass wir nur unter bestimmten Bedingungen das Haus verlassen sollen, dass wir unsere sozialen Kontakte meiden und sich unsere Kommunikation nur mehr über die Filter und Prothesen der Technologie, der sozialen Medien, abspielen wird, hätte sich auf diese Art und Weise, unter diesen Vorwänden, wohl niemand erträumen lassen. Aber wir haben immer schon gewusst, zumindest diejenigen von uns, die der Macht und der Herrschaft in grundsätzlicher Feindschaft und Misstrauen gegenüber stehen, dass diese keine Gelegenheit verstreichen lassen werdden, um uns die Kehle zuzuschnüren. Und Krisensituationen eröffnen immer ein Laboratorium für Experimente am sozialen Körper.

So hat das Corona-Virus der Macht eine einmalige Möglichkeit gegeben, sich weiter zu entwickeln und zu verfeinern. Was wir in den letzten Wochen erlebt haben, ist ein Vorstoß in eine bisher unbekannte Realität der Kontrolle: *der Lockdown*. Die Ausgangsbeschränkungen, die Anweisungen zuhause zu bleiben, die Reduktion unserer Kommunikation auf kontrollierbare Kanäle, die Kontrolle von Bullen und Militär in der Öffentlichkeit, neue Gesetze, die Verlegung des Arbeitsplatzes in die eigenen vier Wände, der Abstand zu anderen Menschen und die Anweisung, nur zu bestimmten Zwecken das Haus zu verlassen. Dazu kommt die ideologische Unterfütterung der Situation durch Politik, Medien und Wissenschaft. So wurden Parolen ausgegeben, die bald durch alle sozialen Medien geisterten und Teil des allgemeinen Sprachgebrauchs wurden („stay at home“, „social distancing“, „flatten the curve“, etc.) und unserem Einschluss ein Argument verliehen haben.



Natürlich würden wir nicht ewig in diesem Zustand bleiben, das wäre wohl zum jetzigen Zeitpunkt ein zu umfangreiches, repressives Vorhaben gewesen. Aber das Wesen der Macht ist es, immer wieder mit ihren Entwicklungen vorzustoßen. Immer wieder anzugreifen und zu versuchen einen Teil unseres Lebens zu vereinnahmen. Das ist auch schon vor Corona passiert, aber diese Situation hat völlig neue Möglichkeiten eröffnet und Methoden legitimiert, die zuvor nicht denkbar gewesen wären. So werden alle Maßnahmen mit der medizinisch-wissenschaftlichen Notwendigkeit argumentiert. Die Ausnahme verlangt nach diesen Maßnahmen.

Fast auf der ganzen Welt wurde die Gesellschaft auf den Hausarrest eingeschworen. Die Folgen sind zur Zeit noch nicht wirklich absehbar. Aber es verändert uns in unterschiedliche Richtungen. Einerseits führt

die Isolierung zuhause, in Kombination mit dem Kampf gegen einen unsichtbaren Feind, zu einem Ansteigen der Gewalt. Zum Anstieg einer Gewalt, die sich gegen uns selbst richtet. In den österreichischen Medien, so scheint es, wird die Frage der häuslichen Gewalt mittlerweile nicht mehr so wirklich behandelt. Aber bereits im März wurde vor einem Anstieg gewarnt. In anderen Gegenden ist dieser Anstieg belegt. In Italien gibt es dokumentierte Suizide, die ausdrücklich mit der Corona-Ansteckung oder der Angst davor begründet wurden. So richtet sich die Gewalt in einer Situation der Einsperrung gegen uns selbst und gegen die „Mitgefangenen", also gegen unsere FreundInnen, MitbewohnerInnen, BeziehungspartnerInnen, Kinder, Angehörige etc. Die Hierarchien und autoritären Verhaltensmuster verdichten sich nach innen. Gewalt, Depressionen und andere psychische Beeinträchtigungen verstärken sich. Wir müssen nur dort hinschauen, wo Menschen seit jeher mit dieser Situation zu kämpfen haben: in die Gefängnisse. Und uns wird klar, wohin so ein Experiment auf lange Sicht führt, was die Konsequenzen sind.

Aber nicht nur das tägliche Level von Aggression und Depression verändert sich und stellt Bezüge zum Gefängnis her. Unser täglicher Spaziergang gleicht dem täglichen Hofgang im Knast. Die Unterhaltung und das Zurufen über den Gefängnishof von Zelle zu Zelle, aus den Fenstern, ist ein Bild das sich mit den verschiedenen Ritualen die von den Balkonen aus praktiziert wurden, eine Parallele in der jetzigen Realität findet. Das sind lediglich einige einfache Beispiele, die nach relativ kurzer Zeit in diesem Zustand entstanden sind.

Was aber für die Macht der wichtigste Effekt dieses Experimentes sein wird, sind die disziplinierenden und konditionierenden Auswirkungen. Der Gewöhnungseffekt hat bei vielen von uns bereits eingesetzt. Wir gewöhnen uns an die Maßnahmen, wir gewöhnen uns an spezielle Verhaltensweisen, an den veränderten Umgang mit anderen Menschen und an die Isolation. So werden wir aus einer kontinuierlichen Abfolge von Schock und Gewöhnung regiert. In dieser Krise nimmt diese Methode immer mehr Form an und wird besser erkennbar. Von einer Tendenz ist sie mittlerweile zur offensichtlichen Regierungsmethode geworden. Und alles legitimiert durch den Drang und dem Verlangen nach einer konfusen, alles umfassenden und sich immer mehr erweiternden Sicherheit.

Die schon seit längerem sich abzeichnende Form, die der Staat angenommen hat, ist jene des Sicherheitsstaates. Ausnahmezustände, Notstandsgesetzgebung, Sicherheitsexpansion, Angst vor dem Terrorismus, Verteidigung der Festung Europa, Grenzschließungen, die Kriegsrhetorik der Herrschenden und die allgemeine Hysterie sind die offensichtlichsten Spitzen dieses Eisberges.

Bereits Focault hatte in seinen Analysen zur Pest folgendes festgestellt, was heute auf verblüffende Weise Realität geworden ist:

> „Dieser geschlossene, parzellierte, lückenlos überwachte Raum, innerhalb dessen die Individuen in feste Plätze eingespannt sind, die geringsten Bewegungen kontrolliert und sämtliche Ereignisse registriert werden, eine ununterbrochene Schreibarbeit das Zentrum mit der Peripherie verbindet, die Gewalt ohne Teilung in einer bruchlosen Hierarchie ausgeübt wird, jedes Individuum ständig erfasst, geprüft und unter die Lebenden, die Kranken und die Toten aufgeteilt wird — dies ist das kompakte Modell einer Disziplinierungsanlage. Auf die Pest antwortet die Ordnung, die alle Verwirrungen zu entwirren hat: die Verwirrungen der Krankheit, welche sich überträgt, wenn sich die Körper mischen, und sich vervielfältigt, wenn Furcht und Tod die Verbote auslöschen, Die Ordnung schreibt jedem seinen Platz, jedem seinen Kör-

per, jedem seine Krankheit und seinen Tod, jedem sein Gut vor: kraft einer allgegenwärtigen und allwissenden Macht, die sich einheitlich bis zur letzten Bestimmung des Individuums verzweigt – bis zur Bestimmung dessen, was das Individuum charakterisiert, was ihm gehört, was ihm geschieht. Gegen die Pest, die Vermischung ist, bringt die Disziplin ihre Macht, die Analyse ist, zur Geltung." (M. Foucault, *Überwachen und Strafen*, S. 253f)

Es ist gar nicht notwendig, darüber zu spekulieren, in wie weit diese Maßnahmen Kalkül der Herrschenden waren. Denn es handelt sich viel mehr um eine logische Konsequenz, die sich aus der Beschaffenheit des Sicherheitsstaates ergibt, der durch die pandemische Krise auf bestimmte Weise handelt. Die Struktur und Ausrichtung des Staates war bereits vor der Corona-Krise nach autoritären und totalitären Tendenzen ausgerichtet. Die vielen geglückten oder auch nicht geglückten Vorstöße in Richtung totaler Kontrolle des Individuums und Zerstörung der Freiheit und Unberechenbarkeit beweisen das nur zu gut. Es wird nicht der letzte Vorstoß der Macht gewesen sein. Die „Normalität" und der „soziale Frieden" auf die viele warten, werden nicht kommen. Viel eher werden sich die Krisen, die durch die herrschende Ordnung produziert werden, weiter zuspitzen und eskalieren. Und die Herrschenden werden nicht aufhören, ihre Macht gegen alle Gefahren abzusichern, das ist die oberste Doktrin der Macht. Wir sind in dieser Logik nur Zahlen, die verwaltet werden müssen. Ob am Arbeitsplatz, in der Schule, im Knast, im Krankenhaus, unter Quarantäne oder im Hausarrest.

Was uns bleibt, ist eine Erfahrung. Aber nicht nur uns bleibt diese Erfahrung, auch die Herrschenden haben Erfahrungen sammelt. Sie werden sich in Zukunft weiter auf diese beziehen, werden die Repression gegen DelinquentInnen verfeinern und verschärfen. Wir konnten einen Blick auf eine bestimmte Form der Regierungsmethode werfen, nämlich auf den Lockdown. Dieses Konzept wurde erprobt und wird bei zukünftigen, ähnlichen Gelegenheiten wieder zur Anwendung kommen. Die Macht hat gelernt, das ist klar. Aber haben wir auch gelernt und begriffen was hier passiert ist? Ich zweifle daran... ■

„Wenn wir nicht mehr arbeiten, werden wir auch nicht mehr bezahlen."

★ *Von: Anarchistische Wandzeitung Krisenanzeiger (Köln)*
Dieser Text erschien zuerst am 09.04.2020 in der Zeitung *Krisenanzeiger* (Köln)

Viele von uns sind momentan mit der Situation konfrontiert, dass wir im Zuge der Schließungen unsere Jobs und damit unser Gehalt verloren haben oder nur noch auf Kurzarbeit sind. Unsere Arbeit zu verlieren freut uns erstmal, wir haben plötzlich Zeit und können uns mit der Frage beschäftigen, was die Welt außer Netflix und stündlichen Corona-News zu bieten hat.

Aber keine Arbeit bedeutet vor allem auch kein Lohn, keine Möglichkeit einzukaufen und für den nächsten Monat keine Miete zahlen zu können. Auch wenn der Netto jetzt mehr Leute einstellt – es wird nicht genug Arbeit für uns und unsere Freund*innen geben. Was schlagen wir vor? Das, was wir bisher gelegentlich tun, jetzt noch häufiger zu machen: stehlen gehen und die Beute danach mit denen teilen, die es brauchen. Gemeinsam mit den jetzt so verbreiteten Masken oder alleine. So werden wir auch in den nächsten Wochen noch an die Dinge kommen, die wir zum Leben brauchen und noch nicht gehamstert wurden. Und vielleicht ein wenig die Angst verlieren – das lohnt sich immer, egal ob während einer Pandemie oder beim normalen Überleben in dieser Welt voller Angst.

Wer jetzt noch eine Arbeit hat und selbstgerecht lächelt oder denkt „mich wird das nicht treffen“ dem sei gesagt: Auf der Arbeit hast du mit so vielen Leuten Umgang, dass du ein viel höheres Risiko hast krank zu werden. Soll das so sein? Warum dir verbieten dich mit anderen zu treffen und zugleich für deinen Chef weiterhin den Fußabtreter spielen, ihn den Gewinn einstreichen lassen, Tätigkeiten durchführen, die fast niemand braucht?

Damit kein Missverständnis entsteht, es ist toll, dass es Leute gibt die die Kranken behandeln, aber jede von denen weiß nur zu gut, wie beschissen ein Gesundheitssystem ist, das darauf aus ist, Profit zu machen. Patienten sollen nur verwahrt bzw. fit für die Arbeit gemacht werden, es geht nicht darum „gesund“ zu werden...

Und auch dieser Wirtschaftsbereich (!) trägt sich nur weil die, die darin tätig sind, jeden scheiß Tag ausgebeutet werden – Gesundheit ist auch in einem staatlichen Gesundheitssystem eine Ware. Chronische Unterbesetzung, mangelnde Hygiene, schlechte oder keine Schutzkleidung, miese Bezahlung sind natürliche Folgen davon.

Der Staat wird uns nicht helfen

> ***„Ein Bulle mit Schutzmaske ist immer noch ein Bulle.“***

Täglich verändern sich die staatlichen Maßnahmen im Zuge der Pandemie und überall wird nach der Ausgangssperre gerufen. In Köln wurde sie (noch) nicht verhängt, droht aber ständig über unseren Köpfen. Doch ist die Ausgangssperre, die Vereinzelung aller Menschen, wirklich die einzige Möglichkeit, mit dieser erneuten Krise umzugehen? Viele Menschen werden wortwörtlich daran kaputt gehen, nur noch in den eigenen vier Wänden eingesperrt zu sein (wenn sie denn welche haben). Schon vor der Pandemie waren die Wartezeiten für einen Platz in einem Frauenhaus sehr lang und die Aufnahme darin mit viel Glück verbunden, jetzt ist die Lage noch schlimmer. Viele fürchten sich zu Recht vor der Situation mit dem übergriffigen Ehemann, Vater, Bruder, Freund eingeschlossen zu sein und der Gewalt kaum noch entfliehen zu können, Unterstützung kann hier sehr praktische Solidarität sein.

In den Lagern für Geflüchtete und andere Wohnungslose, in den Gefängnissen sind die hygienischen und allgemeinen Bedingungen sowieso meist schon schrecklich genug, das Verbot, Besuch zu empfangen und eine mögliche Ausgangssperre wird dabei kaum helfen. Für all diese Menschen interessiert sich der Staat schon in den üblichen Tagen recht wenig. Es wundert uns also nicht, dass auch jetzt erst sehr langsam Programme folgen um unseren Freund*innen ein Überleben zu ermöglichen. Wieso werden keine sicheren Unterkünfte z.B. in den jetzt leeren Hotels oder überflüssigen, leerstehenden Büros organisiert. Anstatt Vapiano oder andere Konzerne erneut zu retten. Umso mehr, Tafeln und verschiedene Hilfseinrichtungen für die Armen werden geschlossen. Wo bleibt das kostenlose Essen für die vielen Menschen, die es sich bereits vorher nicht mehr leisten konnten? Wie mit Harz 4 die staatlich „empfohlene“ Notreserve anlegen?

Was passiert mit den viel beschworenen Risikogruppen? Auch ihnen wird nicht die Möglichkeit gegeben, sich zu isolieren, wenn sie es denn wollen. Weder wird unkompliziert Betreuung angeboten, noch eine Versorgung mit notwendigen Medikamenten und Schutzausrüstung. Unsere Freund*innen mit schwachem Immunsystemen verlassen sich also auf die selbstorganisierte Nachbarschilftshilfe. Versteht uns nicht falsch, wir freuen uns darüber, dass sich so viele Menschen jetzt gegenseitig helfen. Es zeigt aber mal wieder, dass Politik und Polizei uns nicht helfen wollen und werden – ihre Lösung wird immer wieder die Unterdrückung, die Kontrolle unseres Verhaltens sein und das Verrecken der Armen und für ihre Zwecke Überflüssigen. Ausgangssperre in verschiedenen Staaten und Bundesländern oder die Kontrolle unserer Bewegungen über Handydaten (Telekom und telefonica haben sich schon freiwillig dazu bereit erklärt) sind nur zwei Beispiele dafür.

Aber zum Glück bleibt das nicht ohne Widerspruch. Immer wieder warnen sich Menschen vor den Patroullien der Bullen in den Parks der Stadt. Diese gegenseitige Hilfe gegen die Cops können wir weiter ausbauen und ermöglicht es uns, das Leben freier von ihrem Zugriff zu genießen. Verlassen können wir

uns dabei nicht auf Parteien und andere Organsiationen, sondern nur auf uns selbst, unsere Freund*innen, Bezugspersonen und all die Menschen, die wir bei der Suche nach gegenseitiger Hilfe und geteilter Wut auf diesem Überlebenskampf finden.

Solidarität und gegenseitige Hilfe

> ***„Es sind Nähe, Verbundenheit und Solidarität die es uns erst ermöglichen, die kommenden Zustände herauszufordern.“***

Solidarität ist seit der Corona Pandemie wieder in aller Munde. Eigentlich sollte dies ein Grund zur Freude sein, aber wenn wir uns genauer anschauen, was unter Solidarität verstanden wird, beziehungsweise, wer Adressat*in dieser Solidarität sein soll, fällt leider auf, dass die aktuelle Verwendung in der Politik leider eine Farce darstellt. Angela Merkel hat es auf den Punkt gebracht, wenn sie sagt „sondern das ist ein Vater oder Großvater, eine Mutter oder Großmutter, eine Partnerin oder Partner, es sind Menschen.“, betont sie in erster Linie Verwandtschaftsbeziehungen. Natürlich sind diese mit Gefühlen aufgeladenen Beispiele in einer Rede effektiver, aber sie zeigen wieder sehr gut, wer gemeint ist, nämlich „Deutsche“. Genau das ist das Problem der Art und Weise, wie aktuell der Begriff der Solidarität benutzt wird. Sein Ziel ist die Aufrechterhaltung der deutschen Volksgemeinschaft und die Stabilisierung des Staats und nicht Solidarität mit allen Menschen. Aktuell werden tausende Menschen in viel zu kleinen Camps ohne frisches Wasser an der europäischen Außengrenze festgehalten.

Wie reagiert der deutsche Staat? Er setzt, die eh lächerlich geringe, Aufnahme von Geflüchteten aus. Des Weiteren werden auch in Deutschland Menschen in Knästen mit unzureichender Versorgung und Hygienemaßnahmen eingesperrt. Eine Solidarität, die sich nur auf deutsche Staatsbürger*innen bezieht, ist nicht die unsere. Es geht uns nicht darum, dass nur unsere Großeltern die Pandemie überleben, sondern alle Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Gesundheitszustand und Klasse.

Dieses Ziel ist aber nicht durch staatliche Maßnahmen durchsetzbar, denn Staaten sind in ihrer Pespektive immer beschränkt auf ihr Staatsgebiet und bewegen sich in einem wettbewerbsorientierten Rahmen. Der wird immer in Kauf nehmen, dass die „Schwächsten“ einer Gesellschaft sterben.

Dazu gehört auch, dass sich die Ausgebeuteten gegenseitig abwerten. Unter anderem, weil die alles durchdringende Konkurrenzlogik des Kapitalismus eben auch nicht vor den einzelnen Menschen in einem Nationalstaat halt macht. Seien es die arroganten, behindertenfeindlichen Kommentare eines in linksliberalen Kreisen hoch hergehaltenen Satirikers, der in seinen Podcasts alle jene angreift, die sich nicht in ihrer riesigen Mehrzimmerwohnungen gemütlich zurückziehen und durch Netflix & Co berieseln lassen können. Sondern für die ein Ausbruch aus den schäbigen Verhältnissen, in die sie gezwungen werden, teilweise überlebenswichtig ist, um nicht verrückt zu werden.

Oder seien es tausende Onlinekommentare derselben Art unter Zeitungsartikeln, in denen sich das Bürgertum darüber empört, dass es ihnen nicht alle gleich tun und die sich jeden Abend selbst beruhigen, indem sie 5 Minuten lang am Fenster klatschen. Das mag vielleicht das eigene Gewissen über die herrschenden Verhätltnisse hinwegtrösten, jedoch an den katastrophalen Zuständen sicher nichts ändern. Oder seien es rassistische Bullen und Regierungen, die Hygienemaßnahmen predigen, während sie Geflüchtete in menschenunwürdigen Lagern zusammenpferchen, ihnen das Wasser abstellen und

jegliches Aufbegehren dagegen mit Robocops in Schutzanzügen beantworten. Dieselben, die mit hunderten Milliarden versuchen die Krise des Kapitals hinauszuzögern, während lediglich drei Milliarden davon in ein, seit der letzten Krise immer weiter privatisiertes, Gesundheitssystem fließen.

In der Südstadt wurde schon vorgemacht, was sich erreichen lässt, wenn sich Menschen ohne den Staat und Respekt für das Gesetz gegenseitig helfen. Dort haben Wohnunslose ein Haus besetzt und etwa 30 Menschen haben jetzt eigene Zimmer.

Dein Zimmer und die Welt sind größer als Netflix

> ***„Wir werden weiter versuchen, das tatsächliche Leben zu genießen und uns deswegen nehmen was wir brauchen!***"

Während sich immer mehr Menschen zu Hause einschließen und vom „Home Office" arbeiten müssen, online Beratungen und Therapiesitzungen durchführen, der Hölle der Familie zu entfliehen versuchen, verbringen wir immer mehr Zeit vor den Bildschirmen. Dabei entfremden wir uns immer weiter von anderen Menschen und gewöhnen uns an die Distanz, die der Bildschirm bietet.

Jetzt schon werden erste Überlegungen laut, auch „nach" der Pandemie auf diese Arten zu arbeiten und weiter auszubauen. Die Gründe reichen von Bequemlichkeit und Leistungssteigerung bis zu dem Einbeziehen von Menschen, die ihre Wohnung nicht verlassen können und in ihrer Teilhabe an der Gesellschaft auf digitale Hilfsmittel angewiesen sind.

Auch die Schulen wollen ihren Digitalen Unterricht ausbauen. Nicht, dass wir es geil fänden zur Schule zu gehen, aber es ist ein Ort an dem wir andere finden können die sich wehren gegen den Staat, was wenn auch zukünftig dieser Raum verloren geht und jede Aktion im „Digitalen"-KlassenKnast überwacht und erfasst würde?

Lauter werden auch die Stimmen, die sich die entgültige Vertreibung der Armen aus der Innenstadt wünschen. Maklerbüros, Immobilienfonds und Stadtverwaltung wittern ihre Gelegenheit kommen. Wir glauben nicht daran, dass niemand wegen der Coronainfektion bzw. den damit verbundenen Lohneinbußen seine Wohnung verlieren wird oder alle wieder schön ihre Kredite tilgen können. Um auf die kommenden Entmietungen, Enteignungen, Armut durch Massenarbeitslosigkeit, noch frechere Bullen auf den Straßen, Nazis die den Staat übernehmen wollen und selbstgerechte Spießbürger (die schon immer Ja und Amen gesagt haben) vorbereitet und handlungsfähig zu sein, brauchen wir eben jene Verbundenheit, die das Internet und der Bildschirm nie ersetzen kann.

Alle, die das Glück haben nicht nur in Gewaltverhältnissen gefangen zu sein, erfahren das nun wieder oder sollten danach suchen. Musik hören, sich vorlesen, streiten, kochen, lachen, lieben, organisieren, sprühen, schreiben, zeichnen, kuscheln, backen...

Aber warum nur in unserem engsten Umfeld? Lesen und Musik hören kann man auch mit den Nachbarn am Fenster, Essen kann in der Umgebung verteilt werden. Wenn der Sicherheitstyp vom Penny dich nicht so gut kennt, klau doch für den der um die Ecke schläft – am besten zusammen ;). Oder biete der Nachbarin mit dem scheiß Typen nach einem Kaffe mit einer Freund*in an, dass ihr sie wo anders sicher unterbringen könnt.

Manche von uns werden weiter raus gehen und die Sonne auf der Haut spüren. Sicher, mit Vorsichtsmaßnahmen und Abstand. Und manche von uns auch nicht – weil wir Angst davor haben, jetzt noch leichter von der Polizei eingesperrt zu werden, obdachlos oder vorerkrankt sind.

Aber wir werden uns nicht in die ewige Wiederholung und nervöse Langeweile des Internets zurück ziehen. Auf diesen distanzierten Ersatz für die Spektakel im normalen Wahnsinn. Stattdessen werden wir weiter um ein Leben in Würde und ohne Angst zu kämpfen – wir wissen alle selbst am besten was wir dafür brauchen. ■

FdA hautnah

In Prä- und Post-Corona-Zeiten: *Regelmäßige Termine von Gruppen der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen*

BERLIN

Anarchistisches Kaffeekränzchen: Offener Stammtisch
4. Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Café Morgenrot, Kastanienallee 85, Prenzlauer Berg (U2 Eberswalder Str.)

Libertärer Podcast des Anarchistischen Radios Berlin
Jeden 1. des Monats mit einem ernsten und satirischen Rückblick des Vormonats. Daneben verschiedene Sendungen und Hinweise im Laufe des Monats. aradio.blogsport.de

DORTMUND

Anarchistisches Buch- und Kulturzentrum – Black Pigeon
Scharnhorststraße 50, 44147 Dortmund
regelmäßige Öffnungszeiten Dienstag bis Freitag 13-19 Uhr

DRESDEN

Wanderungen der Schwarz-Roten Bergsteiger*innen
Auf Anfrage mit mind. 3 Wochen Vorlauf an: akfreizeit@riseup.net
Wanderungen, Übernachtungen, politisch-historische Führungen gegen Spende

Gewerkschaftliche Beratung der FAU und BNG
jeden zweiten Dienstag (gerade Wochen) von 18:00 bis 20:00 Uhr
im FAU-Büro: Hausprojekt Mangelwirtschaft, Overbeckstraße 26
mehr Infos unter: dresden.fau.org

FRANKFURT am Main

Schwarzer Sonntag – offenes anarchistisches Café für Austausch und Vernetzung
jeden Sonntag, 12-18 Uhr im Cafe ExZess, Leipziger Straße 91

FREIBURG

„Zum Kuckuck“ – offenes anarchistisches Treffen
Jeden 4. Donnerstag im Monat ab 19:00 Uhr
im Interym/Kyosk, Adlerstr. 2, 79098 Freiburg

KARLSRUHE

Anarchistisches Radio
Jeden 2. Sonntag 18-20 Uhr, Querfunk 104,8 MHz oder querfunk.de

KÖLN

Offenes Anarchistisches Forum
Jeden 1. Freitag im Monat ab 19 Uhr
im Infoladen des Autonomen Zentrums
(Luxemburger Str. 93, U18: Eifelwall)

LEIPZIG

Anarchosyndikalistische Jugend Leipzig
zum kennenlernen, schreibt uns doch eine Mail, oder kommt zu unserer Soli Küche.
Kontakt über asj-leipzig@riseup.net

ASJ VEKÜ (Vegane Küche)
Jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Atari (Kippenbergstr. 20, 04317 Leipzig)

TheorieAG der ASJL
Kontakt über Plenum, Vekü oder E-Mail

LUDWIGSBURG

Anka L – das monatliche Antifa-Café des Libertären Bündnis Ludwigsburg (LB)² (mit Vokü)
Jeden 4. Mittwoch im Monat ab 19:30 Uhr im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

NÜRNBERG

Vefa (veganes Essen für Alle) von Auf der Suche – Anarchistische Gruppe Nürnberg
jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19:00 Uhr
im Projekt 31 (An den Rampen 31, 90443 Nürnberg)

FÖDERATION DEUTSCHSPRACHIGER ANARCHIST*INNEN [FDA-IFA]

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen und Staaten, ohne Klassen und Patriarchat, auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Diese Gesellschaft soll pluralistisch sein, damit unterschiedliche Lebensentwürfe und kollektive Grundordnungen gleichberechtigt – verbunden durch den Föderalismus – erprobt, gelebt und umgesetzt werden können. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

Die FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstverwirklichung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaft nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern.

KONTAKTE

Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen
Kontakt: fda-organisation@riseup.net
fda-ifa.org

Internationale der Anarchistischen Föderationen
Kontakt: secretariat@i-f-a.org
i-f-a.org

Berlin

Anarchistisches Radio Berlin
Kontakt: aradio-berlin@riseup.net
aradio.blogsport.de

Anarchistisches Kaffeekränzchen

Anarchistisches Kollektiv Glitzerkatapult
Kontakt: glitzerkatapult@riseup.net
glitzerkatapult.noblogs.org

Dresden

AK Freizeit
Kontakt: akfreizeit@riseup.net
dresden.fau.org/freizeit-und-soziales

IK Dokumentation
dresden.fau.org/freizeit-und-soziales

Schwarz Lila Antifa (Thüsterberg)
Kontakt: mail-an-schwarzesbrett@web.de
schwarzesbrettleineweserbergland.wordpress.com

Karakök Autonome Türkei/Schweiz
Kontakt: laydaran@immerda.ch
karakok.org

Aktion & Organisierung Kassel
Kontakt: kassel_a@riseup.net
a-o-ks.org

Anarchistische Föderation Rhein/Ruhr
Kontakt: afrr@riseup.net
afrheinruhr.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Dortmund
Kontakt: agdo@riseup.net
agdo.blogsport.eu

Anarchistische Gruppe Krefeld
Kontakt: agkrefeld@riseup.net
agkrefeld.blogsport.de

Anarchistische Gruppe östliche Ruhrgebiet
Kontakt: agoer@riseup.net
afrheinruhr.blogsport.de

Anarchistisches Kollektiv Köln
Kontakt: anarchokoeln@riseup.net
apjkoeln.blogsport.de

LilaLautstark - queerfeministische Gruppe Dortmund
Kontakt: lilalautstark@riseup.net
lilalautstark.noblogs.org

fabzi – feministische und anarchistische Broschüren und Zines
Kontakt: mail fabzi@riseup.net

li(e)beration Wuppertal
Kontakt: lieberation@riseup.net
lieberation.wordpress.com

Anarchistisches Forum Ostwestfalen-Lippe
Kontakt: afowl@riseup.net
afowl.noblogs.org

Anarchistisches Netzwerk Südwest*
Kontakt: info@a-netz.org
a-netz.org

Anarchistische Gruppe Freiburg
Kontakt: kontakt@ag-freiburg.org
ag-freiburg.org/cms

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: info@anarchie-mannheim.de
anarchie-mannheim.de

Anarchistische Initiative Kaiserslautern
Kontakt: aikl@riseup.net
aikl.blogsport.eu

Anarchistische Initiative Ortenau
Kontakt: a-ini-og@immerda.ch
aiog.noblogs.org

Libertäres Bündnis Ludwigsburg
Kontakt: lb-hoch2@riseup.net
lbquadrat.org

Libertäre Gruppe Karlsruhe
Kontakt: lka@riseup.net
lka.tumblr.com

Auf der Suche (Nürnberg)
Kontakt: aufdersuche@riseup.net
aufdersuche.blogsport.de

Lava Muc - Anarchistische Assoziation (München)
Kontakt: lava-muc@riseup.net
lavamuc.noblogs.org

about:fem – anarcha-feministische Gruppe aus Köln
Kontakt: aboutfem@riseup.net
aboutfem.blogsport.de

ASJ Bonn
Kontakt: asjbonn@riseup.net
asjbonn.blogsport.de

ASJ Göttingen
Kontakt: asjgoe@ungehorsam.ch
asjgoe.blogsport.de

ASJ Leipzig
Kontakt: asj-leipzig@riseup.net
asjl.blogsport.de

LiLa [F] (anarchistische Gruppe Frankfurt)
Kontakt: info@lila-f.org
lila-f.org

Initiative Anarchistische Bewegung Frankfurt (IABF)
Kontakt: info@iabf.cc
anarchie-frankfurt.org

Assoziierte Projekte

Allgemeines Syndikat Dresden
Kontakt: faudd@fau.org
fau.org/ortsgruppen/dresden

Anarchistisches Forum Köln
Kontakt: a.f.koeln@riseup.net
anarchistischesforumkoeln.blogsport.de

IT-Kollektiv
Kontakt: info@it-kollektiv.com
it-kollektiv.com

Black Pigeon (Dortmund)
Kontakt: black-pigeon@riseup.net
blackpigeon.blogsport.eu

Schwarze Ruhr Uni Bochum
Kontakt: schwarze-ruhr-uni@riseup.net
schwarzerub.blogsport.de

F54-Siebdruckkollektiv
Kontakt: kiezladenf54bleibt@riseup